Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 52. | Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postscheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 26. Dezember 1913.

Insertionspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Venloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluß ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Nach dem Kongreß.

n einem Zeitalter, wo die einzelnen Erwerbsstände sich fast n restlos organisieren, in welchem infolgedessen auch eine große ahl Generalversammlungen und Kongresse stattfinden, wo neralversammlungen und Kongresse fast zu einer tagtäglichen cheinung geworden, ist es doppelt erfreulich, wenn einem Arkongreß jene Aufmerksamkeit geschenkt wird, wie das dem tten deutschen Arbeiterkongreß gegenüber allseitig hehen ist. In der Tat hat der dritte deutsche Arbeiterkongreß e Aufmerksamkeit vollauf verdient. Er war nicht nur eine ßtat im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, sondern t minder im Interesse von Staat und Gesellschaft. Mit em Rechte konnte daher auch Graf Posadowsky den ngreß als einen großen Tag in der Geschichte ichnen.

Wenn vor 10—15 Jahren in Deutschland von der Arbeiteregung die Rede war, dann wurde darunter in der Regel die ldemokratische Bewegung verstanden. Eine nicht sozialdemosche, gut organisierte und geleitete, einflußreiche Arbeiterbeung war damals ja nicht vorhanden. Es war also zu vern, wenn in den früheren Jahren die Arbeiterbewegung ens nur als eine sozialdemokratische aufgefaßt wurde.

Dieser Zustand hatte für die Arbeiterschaft höchst unangenehme en. Einmal kam, infolge der verwerflichen Bestrebungen sozialdemokratischen Bewegung, wie unser Verbandsvorder Kollege Kurtscheid in einer großen Versammlung der lich-nationalen Arbeiterschaft zu Düsseldorf am 17. Dezember ausführte, die gesamte Arbeiterschaft in Mißkredit, dann auch wurde den Scharfmachern bei ihrem Widerstand gegen berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft dauernd Wasser die Mühlen geliefert. Wenn trotz und alledem in der dagen Zeit unter [illegible] en — genannt sei nur der Name [illegible] Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze sowie für die Selbstbestrebungen der Arbeiter eintraten, dann sind wir ihnen ir ganz besonders Dank und Anerkennung schuldig.

Inzwischen hat sich

das Bild der deutschen Arbeiterbewegung

tlich geändert. Heute kann niemand mehr, der die Arbeiter egung in Deutschland objektiv beurteilt, nur von einer sozialnokratischen Bewegung reden. Aus kleinen Anfängen heraus sich im letzten Jahrzehnt eine zielbewußte, gut organisiert und eitete, christlich-nationale Arbeiterbewegung entwickelt. Diese wegung trägt den materiellen und ideellen Bedürfnissen des hnarbeiterstandes nach jeder Seite hin Rechnung. Den mehr ateriellen Bedürfnissen wird Rechnung getragen durch die christhen Gewerkschaften und durch die Angestelltenverbände, während e mehr ideellen und religiösen Interessen ihre Pflege in den nfessionellen Arbeitervereinen finden. Und wenn auch jeder eil der Bewegung, Gewerkschaften, Angestelltenverbände und rbeitervereine, für sich vollständig selbständig und unabhängig t, so schließt das aber nicht aus, daß zur Lösung bestimmter fragen ein gemeinsames Handeln Platz greift.

Als im Jahre 1903 in Frankfurt a. M. die christlich-nationale Arbeiterbewegung zum ersten Male geschlossen auftrat, da erregte ie weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus allgemeines Aufsehen. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel erfuhren durch en ersten christlich-nationalen Arbeiterkongreß Millionen von Menschen plötzlich und unerwartet, daß neben der sozialdemokratischen Bewegung bereits eine 600 000 köpfige christlich-nationale Arbeiterbewegung existierte, marschierte und ihren Platz an der Sonne verlangte. Nun konnte niemand mehr die sozialdemokratische Bewegung als die Arbeiterbewegung Deutschlands bezeichnen. Wer nunmehr über die Arbeiterbewegung Deutschlands reden und schreiben, wer sie beurteilen wollte, konnte an der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht mehr vorbei gehen. Es wird darum allzeit ein großes Verdienst des ersten Kongresses in Frankfurt a. M. wie der nachfolgenden in Berlin bleiben, daß sie die christlich-nationale Arbeiterbewegung in den Vordergrund des Interesses gerückt haben.

Der dritte Kongreß in Berlin hat gezeigt, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung Deutschlands

im Vormarsche begriffen

ist. Waren es vor 10 Jahren 600 000 Arbeiter und Angestellte, die auf dem Kongreß vertreten waren, so diesmal nach Abzug der Doppelzählungen 1 225 000. Das ist jedenfalls ein Fortschritt, der sich sehen lassen kann und der auch fernerhin zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Nicht minder erfreulich ist die Tatsache, daß der dritte deutsche Arbeiterkongreß in weiten Kreisen eine so

große Beachtung

gefunden. Das zeigte sich deutlich bei Eröffnung des Kongresses. Sowohl die Regierung wie eine Anzahl angesehener Sozialpolitiker und hervorragende Führer verschiedener politischer Parteien brachten dem Kongreße ihre Sympatien zum Ausdruck. Nicht zu vergessen ist das überaus wohlwollend abgefaßte und von sozialem Geiste erfüllte Telegramm unsers Kaisers an den Kongreß. Und auch jetzt, nach dem Kongreß zeigt es sich, daß die Tagespresse aller Richtungen sich eingehend mit dem Kongreß beschäftigt. Selbst Zabern hat der Würdigung des Kongresses nur vorübergehend geringen Abbruch tun können.

Was aber dem dritten deutschen Arbeiterkongreß eine ganz besondere Bedeutung verleiht und was seinen Wert verdoppelt, das ist

der Zeitpunkt der Tagung.

Wenn es ja notwendig war, einen Arbeiterkongreß abzuhalten, dann sicherlich in der jetzigen Zeit, wo man seitens der Scharfmacherkreise alle Register zieht, um jede selbständige Arbeiterbewegung zu zertrümmern. Wer das ableugnet, versteht entweder die Zeichen der Zeit nicht, oder er hat beim Ableugnen sein persönliches Interesse im Auge.

Schon seit einigen Jahren tritt es immer schärfer zutage, daß

einflußreiche Scharfmacherkreise

die Oeffentlichkeit gegen die selbständige Arbeiterbewegung und die gesetzliche Sozialreform zu beeinflussen suchen. In geschickt abgefaßten Zeitungsnotizen und Abhandlungen über die Tätigkeit der Arbeiterbewegung, über die gesetzliche Arbeiterversicherung, über die Arbeiterschutzgesetze kehrt immer und immer wieder der Pferdefuß zum Vorschein, wie verderblich doch eigentlich die Arbeiterorganisationen wirken und wie ruinös die Arbeiterschutz- und [illegible] mählich beizubringen versucht, wie selbst die [illegible] strebungenen der organisierten Arbeiter sowie die Sozialreform Handwerk und Industrie zu Grunde richten würden.

Der erste greifbare Erfolg, den die Scharfmacher mit ihrer Hetzarbeit erzielt haben, ist wohl das sogenannte

Kartell der schaffenden Stände

mit seinen Zielen, die es sich gesetzt hat. Wer es bis dahin nicht glauben wollte, daß diese Ziele eine arbeiterfeindliche Tendenz hätten, der ist sicher eines Besseren belehrt worden durch die große Offenheit, mit der Herr Geh. Kommerzienrat Vorster-Cöln kürzlich in Essen über die Ziele des Kartells geredet hat. Es braucht aus den Ausführungen dieses Herrn nur das Wort

„Versicherungsseuche“

genannt zu werden, um den antisozialen Geist zu kennzeichnen, der in manchen Kreisen heute vorhanden ist. Herr Kommerzienrat Vorster und seine Kollegen haben jedenfalls nach ihrem siebzigsten Lebensjahre ganz andere Existenzmittel wie der arme Teufel, der vielleicht für einen Hungerlohn der Industrie seine besten Kräfte geopfert und nunmehr pro Tag einige Groschen aus der Alters- und Invalidenversicherung bezieht, einer Versicherung, zu deren Kosten der Arbeiter selbst einen erheblichen Teil mit beigetragen hat.

Oder kann vielleicht mit Bezug auf die Kranken- und Unfallversicherung von einer Versicherungsseuche geredet werden? Das wäre geradezu eine Verhöhnung und Beleidigung der Arbeiterschaft, für die zurückzuweisen jeder parlamentarische Ausdruck fehlte. Glaubt Herr Kommerzienrat Vorster vielleicht, daß sich die Arbeiter danach sehnen, in der Industrie ihre Knochen zu Markte zu tragen, Arme und Beine zu verlieren, durch giftigen Staub, giftige Gase und andere schädliche Einflüsse mehr, ihre Gesundheit zu ruinieren, um einige Mark Unfallrente bezw. Krankengeld beziehen zu können? Wer so von den Arbeitern denkt und redet, wer die deutsche Arbeiterversicherung mit einer Versicherungsseuche in Verbindung bringt, der kennt entweder die Verhältnisse nicht, oder er hat, um einen Ausdruck des Grafen Posadowsky zu gebrauchen, ein dreimal gepanzertes Herz.

Und selbst, wenn demnächst noch die Reichsarbeitslosenversicherung eingeführt werden sollte, dann wäre auch ihr gegenüber das Wort „Versicherungsseuche“ ein Ausdruck, den jeder, der noch einen Funken menschliches und christliches Empfinden in seiner Brust trägt, scharf zurückweisen müßte. Gibt es wohl für einen gesunden Menschen etwas bitlerers, als wenn er von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle laufen, wenn er von Tür zu Tür anklopfen muß, um nach Arbeit zu fragen und überall, monatelang wird er abgewiesen? Ich brauche das Bild nicht auszumalen, das durch wochen- und monatelange Arbeitslosigkeit in Arbeiterfamilien entsteht. Es ist in tausenden und abertausenden Fällen einfach zum Erbarmen.

Nun weist man so gerne darauf hin, daß es doch Arbeiter gibt, die nicht gerne arbeiten und nur auf Unterstützung spekulieren. Daß es solche Elemente im Arbeiterstande gibt, wollen wir nicht bestreiten. Aber sie bilden die Ausnahme und nicht die Regel. Wenn über solche Elemente einmal in allen Ständen eine genaue Untersuchung stattfände, dann würde der Arbeiterstand sicherlich nicht am ungünstigsten abschneiden. Gerade in den besitzenden Kreisen gibt es Leute in Hülle und Fülle, die Arbeit überhaupt kaum kennen und die trotzdem ein wahres Prasserleben auf Kosten der Allgemeinheit führen; die Staat, Gemeinden und Bevölkerung schröpfen nicht um Pfennige, sondern um Millionen. Es fällt uns nicht ein, die besitzenden Kreise nach solchen Elementen allgemein zu beurteilen. Umgekehrt verbitten wir uns, den Arbeiterstand nach einzelnen faulen Elementen einzuschätzen.

Wenn die Scharfmacherkreise in der vorhin gekennzeichneten, maßlosen und herzlosen Form gegen die so segensreich wirkenden Versicherungseinrichtungen zu Felde ziehen, dann läßt sich ungefähr ahnen, wie diese Kreise den

Schutz der Arbeitswilligen

durchgeführt wissen wollen. Den sozialdemokratischen Terrorismus schiebt man in den Vordergrund und die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse will man treffen und unterbinden. „Weg mit den selbständigen Arbeiterorganisationen, auch mit den christlichen Gewerkschaften!“ Das ist's, was die Scharfmacher wollen und nichts anders. Ihnen ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unbequem, daher auch das Sträuben gegen die gewerblichen Friedensinstrumente, gegen die Tarifverträge.

Weil die Arbeitgeber mit dem „Schutz der Arbeitswilligen“ [illegible] das nicht mit untauglichen Mitteln tun. In dieser Frage kann man ruhig das Urteil der christlich-nationalen Arbeiter mit in die Wagschale legen. Sie haben unter dem Terror am allermeisten zu leiden. Die Geschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist eine Kette von Kämpfen gegen den sozialdemokratischen Terrorismus. Weil wir uns das sozialdemokratische Joch nicht auflegen lassen wollten, das war ja mit ein Grund, die christlich-nationale Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Die Stärkung und Förderung unserer Bewegung, das ist ein wirksames Mittel gegen den sozialdemokratischen Terror.

Was soll man aber dazu sagen, wenn dieselben Kreise, die nach Arbeitswilligenschutz schreien, sich mit den sozialdemokratischen Organisationen gegen die christlich organisierten Arbeiter verbünden. Erinnert sei nur an die Monopolverträge, durch welche es den christlich-national organisierten Arbeitern unmöglich gemacht wird, in ihrem Gewerbe Arbeit und Brot zu finden, es sei denn, daß sie sich dem sozialdemokratischen Verbande anschließen. Erinnert sei an jene, mit den sozialdemokratischen Verbänden vereinbarten Tarifbestimmungen, wie die über den obligatorischen Arbeitsnachweis, die praktisch den „Genossen“ die Hasen in ihre Küche jagen. Erinnert sei ferner an die eigentümliche Haltung, die manche Arbeitgeber an den Tag legen, wenn die „Genossen“ die Entlassung christlicher Arbeiter fordern. Erinnert sei endlich an die sonderbare Haltung mancher Arbeitgeber, die trotz der Reichsversicherungsordnung, durch welche der roten Herrschaft in den Krankenkassen ein Ende bereitet werden kann, mit den „Genossen“ wieder um durch Dick und Dünn gehen. Hier sind die wunden Stellen, wo die Arbeitgeber den sozialdemokratischen Terror brechen und mit dem Schutz der Arbeitswilligen einsetzen sollten. Es ist vielfach ein Skandal, mit welch' geringem Verständnis Arbeitgeber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gegenüberstehen. Wir finden bei ihnen keinen Funken von Weitblick, keinen Sinn und kein Verständnis für den gewaltigen Unterschied zwischen unserer und der sozialdemokratischen Bewegung. Weil die christlichen Arbeiter nicht von der Luft leben können und ihren berechtigten Anteil von den Kulturgütern mitverlangen, darum werden von diesen Arbeitgebern christliche und sozialdemokratische Organisationen gleich bewertet. Nicht allein das, die sozialdemokratischen Organisationen werden noch bevorzugt. Diejenigen aber, die uns mit den Sozialdemokraten in einen Topf werfen, unterscheiden sich selbst teilweise

von letzteren herzlich wenig, höchstens in Bezug auf den Inhalt ihrer Geldbörse.

Neben der Förderung der religions- und staatsfeindlichen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seitens mancher Arbeitgeberkreise, fördern und unterstützen andere wieder

die sogenannten Gelben.

Für sie hat sich ja ebenfalls Herr Kommerzienrat Vorster herzlich ins Zeug gelegt. Als ob jemals mit einer solch' kraft- und saftlosen, unselbstständigen, von den Arbeitgebern abhängigen, auf Almosen angewiesenen Bewegung Volk und Vaterland gedient werden könnte! Wer dem deutschen Arbeiter eine solche Rolle zumutet, wie sie die Gelben spielen, der muß die deutschen Arbeiter recht tief einschätzen. Eine solche Rolle zu spielen, lehnen wir glattweg ab. Sie ist eines christlich-nationalen, aufrecht stehenden Mannes einfach in unserer heutigen Zeit unwürdig. Wir werden nach wie vor bemüht sein, die Oeffentlichkeit über den wahren Charakter der gelben Bewegung aufzuklären und die Arbeiter davor zu warnen.

Endlich sei noch hingewiesen auf jene

Hochschulprofessoren,

die in letzter Zeit die Stellungnahme der Scharfmacher wissenschaftlich zu begründen suchen. Die uns mit ihrer Wissenschaft beweisen wollen, wie verderblich die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze für Deutschlands Handel und Industrie wirken, wie die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Erringung guter Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom Übel ist, ja wie selbst hohe Löhne auf die Dauer die Arbeiter schädigen müssen. Diesen Professoren kann man nur den Rat geben, sie möchten ihre Lohntheorie einmal bei sich selbst ausprobieren und zum Nutz und Frommen ihrer selbst wie der Volkswirtschaft, auf die Hälfte ihres Lohnes verzichten. Jedenfalls würde die Volkswirtschaft davon keinen allzugroßen Schaden haben. Auch darf man überzeugt davon sein, daß die „Wissenschaft" dieser Professoren zu ganz anderen Ergebnissen kommen würde, wenn die soziale Lage der Professoren eine ähnliche wäre, wie die von Millionen Lohnarbeitern. So dumm sind die organisierten Arbeiter Deutschlands nicht mehr, daß sie alles das für bare Münze hinnehmen, was solche Professoren dem Volke als „Wissenschaft" auftischen.

All diese arbeiterfeindlichen Erscheinungen wären nicht mal so sehr bedenklich, wenn sie nur in Scharfmacherkreisen und bei einzelnen Professoren sich zeigen würden. Das ist aber heute nicht mehr der Fall. Die Scharfmacher haben es verstanden, ihre Ideen auch in andere Kreise,

Kreise des Handwerker- und des Mittelstandes

hineinzutragen. Daher kommt es, daß heute weite Kreise der andern Stände den Arbeiterstand und seine Bestrebungen für alle Schäden verantwortlich machen, die sich irgendwo zeigen. Das ist einmal höchst ungerecht und zweitens werden damit wirkliche Mißstände nicht gebessert. Anstatt auf die Arbeiterbewegung zu schimpfen, anstatt sie ungerecht zu behandeln, sollten manche Kreise sich ein Beispiel nehmen an der Opferfreudigkeit, die zur Hebung ihres Standes von den organisierten Arbeitern geübt wird.

Aus Mittelstandskreisen wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung besonders wegen der Arbeiterkonsumvereine stark angefeindet. Man mag über die Sache denken, wie man will, das Eine aber muß man zugeben: wenn alle anderen Erwerbsstände von dem Mittel des Zusammenschlusses, von dem Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe Gebrauch machen, dann ist es ungerecht, dies Mittel der ärmeren Bevölkerung aus der Hand zu nehmen. Es darf aber auch einmal gesagt werden, daß, bevor man uns zumutet, zur beim Mittelstand unsere Einkäufe zu machen, die Mittelständler selbst uns mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Wer die Gelegenheit einmal wahrnimmt und sich das laufende Publikum in den großen Warenhäusern ansieht, der wird finden, daß es zum großen Teile aus Mittelstandsfrauen besteht. Daß mit dem Einkauf in Warenhäusern dem Mittelstand gedient wird, kann wohl niemand behaupten.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung darf mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen, daß sie jederzeit bemüht gewesen ist,

das Volksganze

nicht aus dem Auge zu verlieren und auch den anderen Ständen gerecht zu werden. Wir wollen nicht den Krieg mit anderen Ständen, sondern wünschen den Frieden. Allerdings keinen Kirchhofsfrieden, sondern einen Frieden, bei welchem auch dem Arbeiterstande sein Recht wird, und bei dem er seine Kräfte zum Wohle der Lohnarbeiter entfalten kann. Weil wir den Frieden wollen, darum lehnen wir ja auch mit aller Entschiedenheit den Klassenkampfstandpunkt der Sozialdemokraten ab. Das ist so bekannt, daß es eigentlich auch die „Kreuz-Zeitung" wissen könnte, die unsere Kundgebung in Berlin als einen „Kongreß der Klassenkämpfer" bezeichnete. Diese Bezeichnung wollen wir nur niedriger hängen. Nur das eine darf sich die Kreuz-Zeitung von uns sagen: Würden die christlich-nationalen Arbeiter so rücksichtslos und mit so wenig Verständnis für das Volksganze ihre Interessen vertreten, wie manche agrarischen Kreise die ihrigen, dann wäre es schlecht um Volk und Vaterland bestellt.

Den christlichen Gewerkschaften wird es besonders krumm genommen, daß sie auf

das Streikrecht

nicht verzichten wollen. Demgegenüber haben wir zu sagen, daß wir das garnicht können, es sei denn, daß wir aufhören, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen zu verbessern. Wir streiken nie zum Vergnügen, das darf man uns ruhig glauben. Der Streik als zweischneidige Waffe ist uns wohl bekannt. Nach Lage der Dinge können wir aber diese Waffe nicht entbehren. Will man die Streiks verringern, dann möge man den Arbeitgebern in dem Maße soziales Verständnis predigen, wie man ihnen heute Scharfmachergeist einflößt. An Stelle des Verbots des Streikpostenstehens, was die Scharfmacher fordern, sollten sie mit uns die Errichtung eines Reichseinigungsamtes, die Förderung des gewerblichen Einigungswesens, sowie den Ausbau von Tarifverträgen erstreben. Das sind die Mittel, womit wirklich dem sozialen Frieden gedient wird, einem Frieden, dem auch die Arbeiter ihre volle Zustimmung geben können. Solange Arbeitgeber von diesen gewerblichen Friedensinstrumenten nichts wissen wollen, solange sie es strikte ablehnen, mit den Arbeitern zu verhandeln, solange sind diese Arbeitgeber die Friedensstörer und nicht die Arbeiter.

Besondere Schmerzen scheinen den Herrn Kommerzienrat Vorster nahestehenden Kreisen auch die

neuen Steuern

zu machen. Wir haben dafür volles Verständnis. Steuern bezahlt niemand gerne, am allerwenigsten die, die sie am besten zahlen können. In Konsequenz dessen verlangt Herr Kommerzienrat Vorster einen Schutzverband gegen die Steuern, die die Kosten für des Vaterlandes Wehr dem Besitzenden auflegt, die Arbeiterschaft dagegen freiläßt. Das wäre allerdings eine nette soziale Gesetzgebung zum Schutze der Schwachen, die ihnen einmal alle Lasten aufhalfte und auf der andern Seite unter Strafe die Mittel verböte, durch welche es den Schwachen möglich ist, sich wirtschaftlich emporzuarbeiten.

Angesichts all dieser und anderer arbeiterfeindlicher Strömungen und Erscheinungen der Gegenwart war es

ein Gebot der Stunde,

einmal mit aller Deutlichkeit den Standpunkt der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in diesen Fragen öffentlich kundzugeben. Es war notwendig, zur rechten Zeit zu sagen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Es war notwendig, dem deutschen Volke Aufklärung zu geben und den für Volk und Vaterland unglücklichen Forderungen der Scharfmacher, unsere Forderungen entgegenzustellen.

Der Lohnarbeiterstand ist heute in Deutschland der weitaus größte von allen Erwerbsständen. Schon im Jahre 1907 zählten die Lohnarbeiter mit Familienangehörigen etwa 30 Millionen Seelen, während alle übrigen Erwerbstätigen mit Familienangehörigen nur 27 Millionen Seelen zählten. Ein solcher Stand hat ein Anrecht darauf, daß man ihm Licht und Luft läßt, damit er sich emporarbeiten kann.

Der deutsche Lohnarbeiterstand verdient es aber auch, daß er geachtet, wenn nötig, geschützt, und daß er als gleichberechtigt behandelt wird. Wer das leugnet, verkennt die wichtige Stellung, die der Arbeiter in der Volkswirtschaft einnimmt. Die Intelligenz und den Wagemut unserer Arbeitgeber und Großindustriellen in allen Ehren. Sie würde aber allein nichts ausgemacht haben, um Deutschlands Industrie auf die heutige Höhe zu bringen, wenn die Intelligenz und Schaffensfreudigkeit der Arbeiter nicht hinzugekommen wäre. Sie tragen zudem tagtäglich für die Industrie ihre Haut zu Markte, opfern Leben und Gesundheit, was die Statistiken über die Berufskrankheiten und Unfälle zur Genüge beweisen.

Deutschlands Industrie und Erwerbsleben

ist im Zeitalter der Sozialreform gewaltig emporgeschnellt. Das geht schon daraus hervor, daß wir heute in Deutschland über 65 Millionen Menschen ernähren, während wir 1870 nicht mal 40 Millionen ernähren konnten. Damals wanderten Jahr für Jahr bis zu einer viertel Million Deutscher aus, um sich im Auslande Arbeit und Brot zu suchen. Heute finden noch ungefähr 1 Million Ausländer bei uns Arbeit und Brot, und die Auswanderung ist beinahe auf den Nullpunkt gesunken.

Der deutsche Welthandel ist von 8 Milliarden Mk. im Jahre 1890 auf 20 Milliarden im Jahre 1912 gestiegen. In der Zeit von 1880 bis einschließlich 1912 stieg die jährliche deutsche Roheisenerzeugung von 2,9 auf 17,8 Millionen Tonnen. Und die Kohlenproduktion Deutschlands stieg von 73 Millionen Tonnen im Jahre 1885 auf 259 Millionen Tonnen im Jahre 1912.

Wenn angesichts dieser gewaltigen industriellen Entwicklung Deutschlands, und zwar im Zeitalter der Sozialreform, die Scharfmacher fortwährend gegen die Sozialreform hetzen, dann ist das unverständlich und unverzeihlich. Darum war es gut, daß der dritte christlich-nationale Arbeiterkongreß zur rechten Zeit seine Stimme erhob.

Unsere Aufgabe muß es nun sein, die Forderungen des Kongresses allüberall, soweit es uns möglich ist, ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Tragen wir die Ideen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in die weitesten Kreise. Sorgen wir dafür, daß die Zahl unserer Anhänger eine immer größere wird. Mit Gott für die Interessen unseres Standes, für Volk und Vaterland! Das soll auch in Zukunft die Richtschnur sein, nach der wir arbeiten, kämpfen und siegen wollen.

Die Kosten der Unfallverhütung.

Seitens des Verbandes deutscher Baugewerks-Berufsgenossenschaften wird eine Notiz in die baugewerbliche Arbeitgeberblätter und in die Tagespresse gebracht, in der es heißt:

„Es ist selbstverständlich, daß die Kosten für die Unfallverhütung in die Preise für Bauarbeiten aller Art mit eingerechnet werden müssen. Dadurch aber, daß in den Verträgen und Verdingungsunterlagen bei Vergebung von Bauarbeiten die Maßnahmen der Unfallverhütung nicht besonders aufgeführt werden, lassen sich viele Unternehmer verleiten, die nötigen Unfallverhütungseinrichtungen unvollständig oder gar nicht anzubringen. Hierdurch entstehen natürlich Unfälle, die von den Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu entschädigen sind und die Beiträge zu der reichsgesetzlichen Unfallversicherung erhöhen. In dankenswerter Weise haben mehrere Ministerien die ausführende Baubehörde darauf aufmerksam gemacht, daß die Kosten der Einrichtungen des Arbeiterschutzes in die Verdingungsanschläge aufgenommen werden müssen, damit die Unternehmer in der Lage sind, und auch gezwungen werden können, diese Vorrichtungen tatsächlich anzubringen. Trotzdem werden von vielen nachgeordneten Behörden und technischen Stellen, die für die Vergebung der Arbeiten maßgebend sind, die Kosten für die genannten Vorrichtungen nicht besonders aufgeführt, so daß die Unternehmer diese Kosten nicht in Anrechnung bringen können. Von den Baugewerks-Berufsgenossenschaften, den Handwerkskammern und anderen Körperschaften sind die Behörden schon wiederholt durch Eingaben gebeten worden, diese Uebelstände zu beseitigen, leider bisher ohne

---

Die Tannenbäumchen.

Ein Bodenreform-Märchen von Karl Kuhlß-Potsdam.

„O Tannenbaum, o Tannenbaum, wie grün sind deine Blätter!" — So tönte es bei reich und arm mit silberhellen Kinderstimmen bei Weihnachtsschmuck und Kerzenglanz. Und welche Freude, wenn all die kleinen Händchen nach den schönen Gaben haschen durften, die das Christkind ihnen gebracht.

Am meisten freute sich aber wohl der kleine Erwin, ein blasser, schwächlicher Knabe, über das schon so lange sehnsüchtig erwünschte Märchenbuch mit den herrlichen Bildern. Darum beachtete er auch kaum all die anderen schönen Gaben, setzte sich nur eilig den neuen, vom Vater geschenkten Helm auf, umgürtete sich stolz mit dem blanken Degen und setzte sich auf einen Fußschemel, um sich — ungeachtet des Lärms und des Jauchzens der Geschwister — sofort in das Buch zu vertiefen.

Dabei atmete er den würzigen Tannenduft ein und dachte, wenn er von Zeit zu Zeit einen Blick auf den strahlenden Baum warf, wie wunderbar es doch sei, daß er auch im Winter ein grünes Kleid trage, und wie es jetzt wohl im Walde aussehen möge, wo es im Sommer so schön sei, viel viel schöner als jetzt in der großen Stadt, wenn man dort auch vor dem Feste Tausende von Weihnachtsbäumen auf den großen Plätzen feilbietet. — Als er vor einigen Tagen den Vater gefragt hatte, von wo denn die vielen Bäume herkommen, erhielt er zur Antwort: „Vom Gebirge, dem Harz oder sonstwo, wo die Tannen an den steilen Bergeshängen Wurzeln schlagen und hinaufklettern bis auf die Bergspitzen. Auf dem kurzen Großstadtboden könne man aber keine Tannenbäume ziehen, sondern nur Mietskasernen bauen". Was aber der Vater damit gemeint, das konnte er nicht recht begreifen. —

Es war Zeit geworden schlafen zu gehen, aber da Erwin sich garnicht von dem Buche trennen konnte, so erlaubten die Eltern ihm nach vielem Bitten, noch eine der wunderbaren Geschichten zu Ende zu lesen. Die Weihnachtskerzen waren inzwischen längst niedergebrannt, aber Erwin las noch immer die Geschichte von einer mit grünen Ranken umwobenen, verzauberten alten Stadt. —

Und da war es ihm, als ob all die Tausende von Ranken sich in Tannenbäumchen verwandelten. Sie hatten alle rote Zudelmützchen an, reichten sich die Hände, stellten sich auf dem großen Dönhofsplatz in Reih und Glied und eines von ihnen trug einen Helm auf der Spitze und einen Säbel umgeschnallt. Das kommandierte. Und dann begannen die Bäumchen zu marschieren wie die Soldaten.

Da fragte Erwin das ganz zuletzt stehende Bäumchen: „Aber sage mir doch, wo wollt ihr denn hin?"

„Auf's Gebirge, auf's Gebirge", entgegnete die zierliche Tanne. „Siehst du denn nicht, daß wir in der großen Stadt nicht wachsen und gedeihen können, weil uns hier die frische Luft fehlt, und die hohen Häuser uns alles Licht stehlen, welches wir zu unserem Gedeihen brauchen? Darum haben wir beschlossen, auszuwandern und auf die Berge zu klettern, wo die herrliche Bergluft und der klare Sonnenschein uns so stark kräftigen, daß wir sogar im Winter ein grünes Kleid behalten!"

„Und kommt ihr denn niemals zu uns zurück?" fragte Erwin wehmütig.

„Nur wenn die Kinder hübsch artig sind, niemals auf dem Hof oder der Straße spielen und den Hauswirt und die Eltern nicht ärgern! Dann kommen wir jede Weihnachten in großen Scharen von den Bergen heruntergeklettert. Freilich, dafür, daß wir in die Großstadt kommen, müssen wir schließlich alle verdorren, weil wir entwurzelt sind." —

„Ach, da ist es bei uns in der großen Stadt aber doch garstig. Auch wir Kinder finden hier ja kein Plätzchen, wo wir ungestört im Freien spielen können", entgegnete Erwin.

Da lächelte das Bäumchen und sagte: „Du hast recht, Erwin! Aber schau: In deinem Märchenbuch steht ein Geschichtchen von glücklichen gesunden Menschen, die auf dem Lande ein kleines eigenes Häuschen hatten. Dort hörten sie die Vöglein singen, konnten ihre Gärtchen pflegen und ihre Söhne wurden starke Soldaten und Helden. Bitte den Vater, daß er ein solches Häuschen kauft, dann kannst du im Freien spielen und Schmetterlinge jagen, so viel du Lust hast! — Aber jetzt müssen wir Bäumchen fort, weil die großen steinernen Häuser uns sonst ganz tot drücken!" —

Und bei diesen Worten marschierte das ganze Regiment der Tannenbäumchen von Erwins staunenden Blicken begleitet, durch die Friedrichsstraße hinunter zum Halleschen Tor. . . . .

„Aber Erwin!" hörte der Knabe plötzlich die Stimme seiner Mutter. — „Sieh doch nur, Vater, da ist der kleine Schlingel über seinem Buche eingeschlafen und träumt von seinem Märchenland!"

— Ob wohl der kleine Erwin, wenn er einmal erwachsen ist, den Sinn der Bodenreform erfassen wird, durch die sein Traum zur Wirklichkeit werden kann? —

großen Erfolg. Immer wieder werden Klagen laut, daß durch die bezeichneten Uebelstände die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet werden und teilweise schwere Bauunfälle sich ereignet haben. Der Verband der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften wendet sich daher abermals mit einer Eingabe an alle Zentralbehörden im Deutschen Reiche; hoffentlich sind diesmal die unternommenen Schritte von besserem Erfolge begleitet. Dies liegt nicht nur im Interesse der zahlreichen Baugewerbetreibenden und letzten Endes der Regierung, welche stets bei vorkommenden Mißständen das Ziel der Angriffe sein wird."

Wir, die wir immer auf weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes drängen, sind die letzten, die die Privatkasse des einzelnen Unternehmers mit den Aufwendungen für den Bauarbeiterschutz belasten wollen. Auch wir halten es für „selbstverständlich, daß die Kosten für die Unfallverhütung in die Preise für Bauarbeiten aller Art mit eingerechnet werden müssen." Ziemlich gleichgültig hingegen kann es uns sein, ob diese Unkosten in die Preise der einzelnen Arbeiten mit eingerechnet werden, oder ob man eine eigene Position im Kostenanschlage dafür ansetzt. Daß das Unternehmertum, welches seit Jahren in der Presse und in der Oeffentlichkeit ununterbrochen über darniederliegende Bautätigkeit und alle mögliche anderen ungünstige Verhältnisse jammert, auf beiderlei Weise auf seine Kosten kommt, das zeigen die steigenden Gewinne der Baugesellschaften.

Recht interessant für uns ist das Geständnis: „Dadurch aber, daß in den Verträgen und Verdingungsunterlagen bei Vergebung von Bauarbeiten die Maßnahmen der Unfallverhütung nicht besonders aufgeführt werden, lassen sich viele Unternehmer verleiten, die nötigen Unfallverhütungseinrichtungen unvollständig oder gar nicht anzubringen. Hierdurch entstehen natürlich Unfälle, die von den Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu entschädigen sind und die Beiträge zu der reichsgesetzlichen Unfallversicherung erhöhen." Sodann: „Immer wieder werden Klagen laut, daß durch die bezeichneten Uebelstände (keine Extravergütung, d. R.) die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet werden und teilweise schwere Bauunfälle sich ereignet haben."

Also durch den Umstand, daß man dem Unternehmer die Aufwendungen für den gesetzlichen und durch die Unfallverhütungsvorschriften vorgeschriebenen Bauarbeiterschutz nicht in Form einer Einzelposition im Kostenanschlage bezahlt, sondern gemeinsam mit den übrigen Geschäftsunkosten in die Arbeiten verrechnet, läßt mancher Baulöwe in rücksichtsloser Weise alle Vorschriften und Bestimmungen außer acht. Dieses Geständnis an sich ist viel wert. Hat man doch die Mehrzahl der Unfälle bislang dem Leichsinn und der Gleichgültigkeit der Arbeiter in die Schuhe zu schieben versucht. Im Jahre 1909 richteten der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sowie der Vorstand der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften je eine Eingabe an den Reichstag, die in dem bezeichneten Sinne gehalten waren. In letzterer heißt es z. B.: „Zum größten Teile tragen hieran (der Unfallhäufigkeit) die Arbeiter selbst Schuld, indem sie aus Gewohnheit, Nachlässigkeit oder auch aus Unwillen gegen gesetzgeberische Maßnahmen manche Unfallverhütungsvorschriften nicht beachten." Sodann wird in dieser Eingabe auf Grund der amtlichen Unfallstatistik von 1897 zu berechnen versucht, daß vom Hundert der Unfälle auf das Schuldkonto der Arbeitgeber nur 37%, auf das Konto der Arbeiter aber 63% entfallen. Dann heißt es weiter: „Nicht unwesentlich trägt auch die Unmäßigkeit der Bauarbeiter im Genusse geistiger Getränke zur Vermehrung der Betriebsunfälle bei, welche Tatsache verschiedene Baugewerks-Berufsgenossenschaften veranlaßten, durch ihre Unfallverhütungvorschriften den Genuß von Branntwein, Bier und sonstigen geistigen Getränken auf der Arbeitsstelle während der Arbeit zu verbieten. Oft fehlen jedoch die Arbeiter gegen diese grundsätzliche Bestimmung der Unfallverhütungsvorschriften, worüber die technischen Aufsichtsbeamten fast täglich klagen führen."

Demnach lassen einmal „viele Arbeitgeber die Unfallverhütungsvorschriften unvollständig oder gar nicht anbringen", und ein andermal tragen „die Arbeiter zum größten Teile selbst schuld!" Woher dieser offenbare Widerspruch? Sind im Laufe der Jahre seit 1909 die Arbeitgeber etwa profithungriger geworden? Nein, so wie sie jetzt sind waren sie schon immer und so werden sie auch künftig bleiben, wenn sie bei Staatsbauten eine „scharf umrissene Position" für Bauarbeiterschutz ansetzen dürfen. Oder sind die Arbeiter auf Bauten vorsichtiger geworden? Das ist schon eher anzunehmen und auf die langjährige Erziehungsarbeit durch die Gewerkschaften zurückzuführen.

Der Hauptgrund dieser verschieden lautenden und einander widersprechenden Veröffentlichungen des Verbandes deutscher Baugewerks-Berufsgenossenschaften liegt darin, daß es sich jedesmal um den Unternehmerprofit handelt. Die Sache hat aber jedesmal ein anderes Gesicht und darum muß sie jedesmal anders angepackt und begründet werden.

Wertzuwachssteuer.

Am 14. Februar 1911 fand im Reichstage ein Gesetz fast einmütige Annahme, das den unverdienten Wertzuwachs zu Steuerabgaben heranzog. Der Ertrag der Steuer verteilte sich: 50% auf das Reich, 10% auf die Einzelnstaaten und 40% auf die Gemeinden. Der Gesamtertrag der Steuer betrug, trotz der schlechten Lage auf dem Grundstückmarkte, im Jahre 1912 47 Millionen Mark. An sich wird kein Mensch behaupten wollen, daß eine solche Steuer, die die mühelosen Gewinne besteuert und die wilde Spekulation eindämmen geeignet ist, ungerecht sei. Die Einführung der Steuer war ein Erfolg langjähriger Bemühungen einsichtiger und sozialgesinnter Männer aller Berufsschichten.

Umso befremdender mußte es wirken, daß diese im allgemeinen sozial gerechte Besteuerung bereits am 24. Juni 1913 in der Budgetkommission mit 14 gegen 12 Stimmen und am 27. Juni im Plenum des Reichstages mit knapper Mehrheit wieder aufgehoben wurde. Allerdings wurde kurz vorher die Reichs-Vermögenszuwachssteuer eingeführt, womit auch ein Teil der erzielten Einnahmen des unverdienten Zuwachses aus den Grundstücken besteuert wird. Aber der Wert dieser Steuer hinsichtlich der Eindämmung der Bodenspekulation ist ein sehr fraglicher.

Hauptgegner der Wertzuwachssteuer waren die Banken, welche Grund und Boden belehnen und damit Handel treiben, sowie viele Grund- und Hausbesitzer, die ihre Besitzungen in bevorzugten Lagen der Städte und auch auf dem Lande, in Kurorten und Sommerfrischen haben. Diese Gegnerschaft erwies sich so stark und übte einen solchen Einfluß aus, daß selbst sozialpolitisch tätige Abgeordnete gegen die Steuer in der Fassung von 1911 gestimmt haben. Zugegeben wird auch von den Verfechtern der Zuwachsbesteuerung, daß die Steuer infolge der stark differenzierenden Wirtschaftsverhältnisse manche Mängel aufwies die jedoch nach den gemachten Erfahrungen zu beseitigen gewesen wären. Als unrichtig muß es bezeichnet werden — und dies wurde hauptsächlich ins Feld geführt — daß die Zuwachssteuer das Stocken des Baumarktes herbeigeführt hat. Eine Umfrage des Reichsschatzamtes hat ergeben, daß zwar Schwierigkeiten auf dem Baumarkt zu verzeichnen sind, doch stehen diese mit der Zuwachssteuer sehr lose, meistens aber in keinem Zusammenhange. Es ist hinreichend bekannt, daß die Ursache der Wirtschaftskrise, besonders die Stockung auf dem Baumarkt vielmehr in der spekulativen Ueberbauung und in der allgemeinen Geldteuerung zu suchen ist.

Der Reichstag fand den Ausweg, die Steuer der bundesstaatlichen Regelung zu überlassen. Der Schwerpunkt der ganzen Steuerfrage liegt demnach in den Landtagen, die schon in nächsten Monaten, wenn nicht in nächsten Wochen darüber zu entscheiden haben, ob und in welcher Form die Zuwachssteuer erhoben werden soll. Von allen Seiten rühren sich bereits die Interessenten; Städte, die die ganze Steuer für sich beanspruchen, Banken und Spekulanten, die auf gänzliche Aufhebung bezw. Nichteinführung der Steuer hinwirken, landwirtschaftliche Vereine, die eine allgemeine Schonung für sich und damit eine Abschwächung der Steuer beanspruchen und zuletzt Sozialpolitiker und Mieter, die die Aufrechterhaltung verlangen. Unter letzteren dürfen wir ausnahmslos auch die Arbeiter zählen, die als Mittellose jede Verteuerung des Grund und Bodens zum guten Teil durch Mieten wieder tragen müssen. Die Bedeutung der Steuer für Mieter wird bedauerlicherweise von diesen zu wenig gewürdigt. Man bequemt sich bei jeder Mietssteigerung über den Hausherrn loszuziehen. Nur daran, daß unsere Grund- und Bodenverhältnisse hinsichtlich der Wertung und Bebauung im Interesse der Mieter einer gründlichen Reform bedürfen, daran denken die wenigsten. Es ist ein Verdienst der Münchener christlichen Arbeiterschaft, in der strittigen Steuerfrage die Richtung unser Bestrebungen anzugeben, die in einer öffentlichen Versammlung, nach dem Referat von Hofrat Dr. Jäger-Speyer zum Ausdruck kam: Die Versammlung stimmte einmütig einer Resolution zu, die die Wertzuwachssteuer in folgender Weise geregelt haben will:

„1. Die Versammlung bedauert lebhaft, daß sich im Reichstage eine Mehrheit finden konnte, welche die Aufhebung des Reichsanteiles an der Zuwachssteuer auf Bodenwerte (Reichsgesetz vom 14. Februar 1911) beschloß, nachdem diese Steuer gezeigt hatte, daß sie als Anfang einer gesunden, dem allgemeinen Wohl dienenden Bodenpolitik die Bodenspekulation zu töten imstande ist, weil sie alle Scheinverkäufe und Schiebungen unmöglich macht.

2. Die Versammlung ersucht Staatsregierung und Landtag in Bayern, den vom Reiche fallengelassenen Anteil der Zuwachssteuer für den Staat zu erheben, so daß der Staat 50 Prozent und die Gemeinden ebenfalls 50 Prozent vom Gesamtbetrage der Steuer erhalten.

3. Dabei mögen folgende Verbesserungen an dem Reichsgesetz vorgenommen werden:

a) Freilassung einfacher wirtschaftlicher Verhältnisse und kleinerer Gewinne von der Steuer;

b) Erleichterungen in der Veranlagung und Berechnung der Steuer;

c) Wegfall der Steuer beim Austausch von Grundstücken zur besseren Benützung und Bewirtschaftung;

d) Wegfall der Steuer, wenn die Gelände ausschließlich verkauft werden zum Bau von Kleinhäusern mit etwa 200 bis 1000 Quadratmeter Bodenfläche.

4. Die Versammlung wünscht, daß der Ertrag der Zuwachssteuer zur Förderung einer staatlichen Bodenpolitik und des Kleinwohnungswesen in Stadt und Land verwendet werde.

5. Sollte der Landtag wider Erwarten den Reichsanteil an der Zuwachssteuer den Gemeinden überlassen, so müssen alle jene Gemeinden, deren Zuwachs den Landdurchschnitt übersteigt, gesetzlich veranlaßt werden, den bisherigen Reichsanteil zu ihrem eigenen ihnen bereits zufallenden Teile zu erheben und dabei die unter Ziffer 3 erwähnten Verbesserungen einzuführen.

6. Die Versammlung bedauert lebhaft, daß die Großindustrie im Feldzuge des Spekulationskapitals gegen die Zuwachssteuer auf Bodenwerte so teilnahmslos zusah, obwohl doch die Großindustrie gleich der Arbeiterschaft das allerhöchste Interesse daran hat, daß der Bau- und Wohnungsboden nicht Gegenstand einer wilden Spekulation werde, denn das bedeutet für die Industrie die Aufsaugung der nationalen Ersparnisse in dem Boden, somit für sie selbst teueres Kapital, hohen Zinsfuß, eine unaufhörliche Lohnbewegung und eine weniger tüchtige, weil gesundheitlich schlecht gestellte, in einem verkümmerten Wohnwesen untergebrachte Arbeiterschaft.

7. Die Versammlung erwartet, daß Ernst gemacht werde mit den Worten, welche die Vertreter von Reich, Staat und Gemeinde bei allen Wohnungskongressen sprechen, daß nämlich die Wohnungsfrage eine Kulturfrage allerersten Ranges sei. Um diese Worte wahr zu machen, müssen Reich, Staat und Gemeinde in Gesetzgebung und Verwaltung mit aller Kraft den Kampf gegen die Bodenspekulation aufnehmen und zugleich auch für billiges Baugeld sorgen. Zur Erreichung dieser beiden Ziele gehört auch die gesetzliche Verpflichtung, daß die Hypotheken auf gebautem Boden ebenso dem Tilgungszwange unterliegen müssen, wie die Hypotheken auf landwirtschaftlichem Boden, damit nicht das in den Großbanken organisierte Spekulationskapital die Ersparnisse der Nation aufsaugt und im Boden festlegt statt sie dem Wohnungsbau zuzuführen."

Im Interesse der mietzahlenden Bevölkerung wäre es gelegen, wenn möglichst in allen größeren Orten vorstehender Frage die nötige Beachtung geschenkt würde. Die Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit müssen unter allen Umständen festgehalten werden, vor allem auch durch die Eindämmung der Mietzinssteigerungen. In dieser Hinsicht günstig zu wirken, dazu war auch die Wertzuwachssteuer zum guten Teil geeignet.

— er.

„Freiheit die ich meine!"

Wessen Brust schwellt nicht höher, wessen Auge blitzt nicht kühner voll Lebenskampfes und Tatenlust beim Klange dieser herrlichen Schenkendorff'schen Weise! Wieviel Herzen haben unsere Dichter schon höher schlagen lassen durch ihre poetischen Verherrlichungen der Freiheit und durch ihre flammenden Aufrufe zur Erringung und Verteidigung dieses hohen Gutes.

Unter den Sirenenklängen von Freiheitsliedern gürtete sich vor hundert Jahren zwischen den Karpaten und dem Bernsteinmeere ein Volk in Waffen und erzwang es unter enormen Opfern an Gut und Blut, daß das Morgenrot der Freiheit wieder ungehindert die heimatlichen Gaue überstrahlen konnte. Dieser Ruf nach politischer Freiheit ertönte in der Folgezeit auch aufs wirtschaftliche Gebiet hinüber. Falsche Propheten redeten da einer schrankenlosen persönlichen Freiheit das Wort, einer rücksichtlosen Verfolgung des persönlichen Interesses. Durch den wirtschaftlichen Liberalismus z. B. wurde die ehedem so bedeutungsvolle Stellung des Handwerks vollständig verschoben. Der Staat nahm den Zünften ihre Vorrechte und Privilegien, die sie schon seit Jahrhunderten hinsichtlich der Herstellung ihrer einzelnen Brancheerzeugnisse besaßen. Der Kapitalismus bekam das Faustrecht verliehen im Wirtschaftsleben. Er durfte seine Ueberlegenheit schrankenlos ausnützen, und er tat es auch, und zwar mit einer solchen Rücksichtslosigkeit, daß das ehedem so blühende Handwerk in verhältnismäßig kurzer Zeit an den Rand des Verderbens geriet.

Ging es nicht ähnlich so dem durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffenen neuen Stand der dauernd Unselbstständigen, den Lohnarbeitern? Wer glaubt, die wirtschaftlich schwachen Handwerker und Arbeiter hätten sich durch bittere Erfahrungen gewitzigt zusammengeschlossen, um sich wieder emporzuringen, der irrt. Ja, man könnte annehmen, daß die heutigen Generationen der Handwerker und Arbeiter in ihrer Einsicht noch vielfach hinter der Menschheit des Mittelalters zurückgeblieben sind; denn damals schon haben sich Künstler, Handelsherrn, Handwerksmeister und Gesellen zusammengeschlossen und die Vorteile des Zusammenschlusses ad okulos vorgeführt. Die hohe Blüte des Handwerks zeigt uns, daß die damaligen Zunftgenossen, trotz eingeengter Stadtwirtschaft und später trotz der hemmenden Fesseln eines absoluten Polizeistaates mit ihrem Zusammenschluß sehr gut gefahren sind.

Gerade die wirtschaftlich Starken, die es gar nicht so nötig hatten, sind es trotzdem zuerst gewesen, die die Vorteile des Zusammenschlusses sich zu nutze machten. So hat man heute einen straff organisierten Zechenverband, die Bergarbeiter aber, sie sind zu 2/3 noch unorganisiert. Man hat den Stahltrust. Die Arbeiter in der Großeisenindustrie, sie sind zu 100 000 in dieser Hinsicht noch nicht zum Denken und Handeln erwacht. Es haben in allen Industrien die Kapitalisten ihre Ringe bereits lückenlos geschlossen. Das Handwerk dagegen, es hat lange Zeit rat- und hilflos hin und her geschwankt. Schließlich sah sich der Staat moralisch verpflichtet, dem Handwerk, dem er seiner Zeit durch Entziehung seiner zünftlerischen Vorrechte so schwer geschadet hatte, durch Zwangsinnungen und ähnliche künstliche Mittel etwas unter die Arme zu greifen. Dem Lohnarbeiter gab man die Koalitionsfreiheit, d. h. man verbot es ihm fortan nicht mehr, sich zusammenzuschließen zu dem Zwecke, seine „Ware" Arbeitskraft bestmöglichst zu verkaufen. Wird nun beim Gebrauch dieses Koalitionsrechtes von einem noch nicht genügend damit ausgebildeten etwas unvorsichtig herumhantiert, so lamentiert sofort die gesamte Scharfmacherpresse und ihre Trabanten über Mißbrauch des Koalitionsrechtes usw. und verlangt unter der Maske der Humanität pharisäisch nach mehr Arbeitswilligenschutz. Am liebsten sähe man's, wenn sofort ein Hauptmann von Köpenick mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln die Frevler, die es gewagt haben, etwas tollpatschig für ihren Stand, für Weib und Kind einzutreten, sofort an Rad und Galgen brächte.

Welch ein Kontrast in den Anwandlungen dieser Leute. Heute fließen sie über von zarter Besorgnis für einen Streikbrecher, vor dem sie doch innerlich selbst keine Achtung haben. Morgen möchten sie einen organisierten Arbeiter, der eingedenk seines hohen Berufes als Gatte und Vater, als Ernährer einer Familie, für Weib und Kind kämpft, am liebsten lebenslänglich hinter die dicksten Kerkermauern bringen. Wehe, wenn sie einen solch armen Teufel fassen können! Derselbe braucht sich nicht darüber zu beschweren, daß der Staatsanwalt sich seiner allzu liebevoll annähme und ihm Mut zuspräche wie jener Berliner Dirne, die einen ihrer Liebhaber kaltblütig niederschoß. Er wird mit Hilfe aller möglicher juristischer Spitzfindigkeiten dermaßen bestraft, daß, wenn man diese Strafen mit denen, welche über Angehörige anderer Stände bei ähnlichen Vergehen verhängt werden, das Wort Klassenjustiz seine Berechtigung zu haben scheint.

Wir sind auch Gegner einer schrankenlosen Freiheit. „Freiheit ist der Zweck des Zwanges", sagt der Dichter von Dreizehnlinden. Ein Mensch, der sich keinen Zwang aufzuerlegen vermag, ist niemals frei; er wird ein Sklave seiner Leidenschaften sein. Er wird in sinnlosem Genießen seine Kräfte vergeuden und sich und andere unglücklich machen. All unsere Erfolge verdanken wir größtmöglichster Selbstbeherrschung. Von Mißbrauch der Koalitionsfreiheit kann aber hier in den meisten Fällen keine Rede sein. Und wenn es der Fall sein sollte? Warum brandmarkt man dann nicht genau so die Mißbräuche auf der Gegenseite? Was werden da alles für Repressalien, Sperren, Maßregelungen, schwarze Listen usw. hinter den Kulissen gemacht!

Hinsichtlich des Mißbrauchs der Koalitionsfreiheit gilt also das Sprüchwort: „Kleine Spitzbuben hängt man, große läßt man laufen."

Als Heilmittel für die Wunden, die der Lohnarbeiterstand schon seit seiner Geburt von seinem Rabenvater, dem Kapitalismus, geschlagen bekam, gab der Staat dem Lohnarbeiterstand die Sozialversicherung. Ohne Zweifel, ein respektables Werk, keine Bettelsuppen, wie blöden Radikalismus Verfallene es bezeichnen. Wie kann dank der Sozialversicherung der Arbeiter jetzt viel ruhigen Tagen der Krankheit und Not entgegensehen! Wieviel Not wurde durch sie schon gelindert, wieviel Tränen durch sie getrocknet. Die Arbeitertrutzkartelle aber, sie wettern über eine übertriebene, uferlose Sozialpolitik. Sie behaupten, die Aufwendungen für die Sozialversicherung lege das Wirtschaftsleben lahm und mache die deutsche Industrie leistungsunfähig in der Konkurrenz auf dem Weltmarkte.

Haben diese Leute auch schon einmal darüber nachgedacht, wieviel Arbeitskräfte unserer Volkswirtschaft durch die Sozialversicherung schon erhalten worden sind, die sonst vielleicht längst dem Tod oder langem Siechtum verfallen wären auf Kosten von Staat oder Kommune, also auch auf Kosten der Allgemeinheit? Kosten ohne Nutzen!

Sozialdemokratische Wortführer und Wortführerinnen haben schon die Idee propagiert, auf dem Arbeitsmarkt Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften durch Einschränkung der Kinderzahl günstig für die Arbeiter zu beeinflussen. Wer will es leugnen, daß die Sozialversicherung solcher Propaganda entgegenwirkt, daß durch die zialversicherung das Familienleben des Proletariers wesentlich beruhigt und gefördert wird. Wer will es abstreiten, daß durch solche Wirkungen, die von so immenser Bedeutung für Volkswirtschaft und Vaterland sind, sich die Ausgaben für die Sozialversicherung bereits schon zu einem Gutteil rentiert haben?

Natürlich Scharfmacher, deren Patriotismus beim Geldbeutel aufhört und die den Arbeiter gerade für gut genug halten, um damit den Boden unserer modernen Kultur zu düngen, die werden auch durch diese Hinweise nicht bekehrt. Würden ohne die Sozialversicherung nicht noch Millionen mehr dem Radikalismus, der die religiösen und nationalen Kräfte zersetzt, Gefolgschaft leisten? Ohne Zweifel, es ist ein großartiges Kulturwerk, unsere Sozialversicherung. An ihrem weiteren Ausbau müssen wir mit Verständnis und Eifer mitarbeiten. Auf keinen Fall dürfen wir bei der Erstrebung von Fortschritten in Extreme verfallen. Ein großer Teil der deutschen Arbeiter läßt es sich z. B. angelegen sein, die bereits zu buchenden Errungenschaften dem Volke zu verekeln. Sie sprechen von Bettelsuppen und verlangen, wie man zu sagen pflegt, den Sack mit sieben Zipfeln auf einmal. Sie treiben eine unfruchtbare, blöde Alles- oder Nichtspolitik, die geeignet ist, den übrigen Bevölkerungskreisen die Lust zur Mitarbeit ein für allezu verleiten.

Ein anderer Teil, das sind die Gelben; die leiden nun wieder an allzugroßer Anspruchslosigkeit. Sie scheinen sich das Kismet der Türken zu eigen gemacht zu haben. (Es ist nicht anders; es hat nicht sollen sein) Sie haben es aufgegeben, für ihren Stand, für Weib und Kind, etwas zu erstreben und zu erringen. Sie haben sich vorgenommen, nur noch von Almosen kümmerlich ihr Dasein zu fristen. Ja, es ist doch etwas trostloses, mit einer solchen Unternehmerschutztruppe. Ihre Haltung erinnert unwillkürlich an jene Deutschen, die vor 100 Jahren den schmählichen Rheinbund bildeten, die dem korsischen Gewalthaber bei der Unterjochung Deutschlands Schergendienste leisteten. Gerade wie jene württembergischen Reiter, die beim Dorfe Kitzen Preußens edelste Helden, die Lützower, meuchlings niederhieben. Genau so muten einem die Gelben an, die ihren Arbeitskollegen bei dem mühevollen Ringen nach aufwärts in den Rücken fallen, die ihren Stand und ihre Familie verraten. Verräter wurden aber im Grunde genommen doch immer von beiden Parteien in gleicher Weise verachtet. Sowohl von denen, die sie verrieten, als auch von jenen, welchen sie für einen belanglosen Judaslohn Schmierendienste leisteten. Gelb ist bekanntlich die Farbe des Neides. Diese Eigenschaft tritt nun bei den Gelben gerade nicht so offen zu Tage. Eher macht sich eine große Anspruchslosigkeit bemerkbar. Treffender ist diese Bezeichnung hinsichtlich ihrer Aehnlichkeit mit den chinesischen Kulis. Die sind auch gelb von Hautfarbe, sind auch anspruchslos. Sie arbeiten für eine Hand voll Reis. Sie sind auch wirtschaftsfriedlich diese Kulis. Sie nehmen vor lauter Wirtschaftsfriedlichkeit auch die Nilpferdpeitsche mit in Kauf. Die Gelben behaupten, wir, die bösen Christlichen, wollten das Unternehmertum kaput machen. Das heißt man denn doch die Oeffentlichkeit für dumm verkaufen, wenn man ihr weiß machen will, wir wollten den Ast absägen, auf dem wir säßen. Als wüßten wir nicht, daß die Arbeit und Initiative der Unternehmer eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei, ohne die unsere blühende Volks- und Weltwirtschaft unmöglich wäre. Ohne blühende Volks- und Weltwirtschaft wäre aber auch der stolze Bau unserer Sozialversicherung unmöglich. Dann wäre auch die Arbeit der Gewerkschaften fruchtlos und Millionen von Arbeitern, Handwerkern und Kaufleuten wären brotlos. Die ganze wirtschaftliche und politische Freiheit unseres Vaterlandes sie wäre aufs schwerste gefährdet.

Ein dem Schreiber dieser Zeilen bekannter, Arbeitgeberkreisen nahestehender Herr, verglich die Gelben mit den Deutschen in der Fremdenlegion. Auch sie dienen einer fremden Macht und lassen sich gegen ihr eigenes Vaterland ausspielen. Ein ehemaliger Legionär schreibt folgendes: „Die Fremdenlegion, dieser Schandfleck der Zivilisation wird solange nicht von der Bildfläche verschwinden, als wie Europa die Ramschware verkommener Existenzen der stolzen Grande-Nation zu diesem Experimente feilbietet.“ Auch die Gelben, dieser Schandfleck an der deutschen Arbeiterbewegung, sie werden solange nicht von der Bildfläche verschwinden, solange die Ramschware jeglicher Arbeiterehre und jeglichen Standesbewußtseins buren Menschenmaterials am Arbeitsmarkt auf Lager liegt.

Wir Arbeiter, wir erstreben mit Recht die soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung unseres Standes. Mit Recht verlangen wir eine entsprechende Anteilnahme an den Fortschritten der Kultur und an den Errungenschaften der Technik, die sich bis in die Lüfte hinauf so stolz emporgeschwungen haben. Der Feinde, die uns die Erreichung dieses Zieles vereiteln wollen, sind viele. Der Kapitalismus, er verteidigt mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, seinen schroffen Herrenstandpunkt. Mit reaktionärem Fanatismus läuft er Sturm gegen Sozialpolitik und Arbeiteremanzipation. Unbekümmert darum, daß der Arbeiter so wie so schon sein Dasein mit seiner Familie auf der Schattenseite unseres modernen Kulturlebens fristen muß.

Neben uns, den Christlich-Nationalen, die wir die bestehende Ordnung vertreten, die wir bewiesen haben, daß die Proletarier nicht den Klassenkampf als den alleinigen Rettungsanker zu betrachten brauchen, die wir der Ueberzeugung sind, daß das Christentum mit seinen sittlich-religiösen Idealen allein die Freiheit und den Kulturfortschritt eines Volkes zu verbürgen vermag (der Kulturfortschritt ist nach der rechtlichen und wirtschaftlichen Lage der überwiegenden Mehrheit zu beurteilen ist. Posadowsky), neben uns wogen noch zwei andere Strömungen. Links eine rote, rechts eine gelbe. Der gelbe Fluß vereinigt sich unweit hinter uns mit dem roten, und beide fließen dann in den Sumpf. Wir aber, wir wollen auf der Schattenseite, auf die man uns eben gedrängt hat, nicht immer verweilen. Weib und Kind, sie sollen nicht bleich und hohlwangig ihr ganzes Dasein als Schattenblumen vertrauern. Wir wollen hinauf, zur Sonne. Ihr volles Licht soll uns bestrahlen. Wir wollen hellen und frohen Sonnenschein, der Licht, Kraft und Leben spendet und Rosenwangen hervorzaubert. Der Aufstieg natürlich ist steil und beschwerlich. Nehmen wir uns ein Beispiel an den kühnen Segelschiffern. Wie steigen sie empor und durchsegeln unendliche Weiten. Das Reich der Adler hoch oben in den Wolken, es hat der Menschengeist erobert. Freilich, so mancher kühne Flieger ist dabei zu Tode gestürzt, aber andere haben's vollendet, was jene begonnen. Auch wir, wir müßen hinauf, wenn uns nicht der Sumpf hinter uns verschlingen soll. Die giftigen Gase, die ihm entsteigen, sie betäuben uns bereits den Atem und verbreiten ein tückisches Fieber. Seine schlammigen Wogen, sie unterspülen bereits die Sockel von Thron und Altar. Der Wurm des Individualismus, er nagt an der Lebenskraft unseres Volkes. Die Partei der Volksvergiftung, des Klassenhasses, der Gesinnungslosigkeit und des Kirchenhasses, sie ist an der Arbeit. Sie raubt uns die Freiheit der Gesinnung, den Glauben unserer Väter und wird über kurz oder lang unser herrliches Vaterland in ein Meer von Blut und Tränen stürzen.

Sklaverei, Tyrannenjoch und Henkerbeil, so wie Anno 1789 durch die Erstürmung der Bastille eine Schreckensherrschaft eingeleitet wurde, droht uns. Noch ist es Zeit, das Aeußerste zu verhüten. Ermannen wir uns zur Tat. Arbeiterverein und Gewerkschaft haben uns in gegenseitiger Wechselwirkung über die Gefahr aufgeklärt, der Vorhang, der unsere Augen verhüllte, ist weggezogen. Wir sind Wissende geworden. Wir können nicht mehr untätig zusehen, ohne schuldig zu werden. Beladen wir uns nicht mit dem Fluche einer zürnenden Zukunft. Ermannen wir uns zur Tat! Stellen wir unsern Mann in der Geistesschlacht unserer Zeit. Gerade wie vor hundert Jahren Preußens edelste Helden die Lützower die Schlacht liebten, die ihnen den Siegeslorbeer einbrachte, so soll der lebensmutige christlich-nationale Arbeiter von heute den Geisteskampf der Gegenwart lieben, in dem er sich die Palme des Sieges erringen kann: Für die Kirchenhallen, für der Väter Gruft, für die Liebsten fallen, wenn die Freiheit ruft! Der Kampf für wahre Freiheit sei uns das Leben! E. P.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 52. **Wochenbeitrag** für die Zeit vom 21. Dezember bis 27. Dezember fällig ist.

Materialversand. Am Montag, den 22. Dezember wurden die Abrechnungsvordrucke für das IV. Vierteljahr verschickt. Denselben lagen bei: die neuen Marken für 1914, einige Zahlkarten, Arbeitslosenmeldekarten, zwei Fragebogen und ein Rundschreiben. — Den Zahlstellen wurden 0,50 Mk. für ein gelieferstes Jahrbuch 1914 in Rechnung gestellt.

Arbeitslosenstatistik. Das Kaiserliche Statistische Amt bittet für die Arbeitslosenzählung im Dezember d. Js. ausnahmsweise nicht den letzten Tag der letzten Arbeitswoche dieses Monats, den 27., sondern den 31. Dezember zugrunde zu legen. Wir bitten deshalb die Ortsverwaltungen, Arbeitslosenmeldungen dementsprechend auszufüllen. Gleichzeitig erinnern wir nochmals daran, daß die Karte stets spätestens am vierten Tage nach Schluß des Monats einzusenden ist. Zu spät eintreffende Karten können bei dem Bericht an das Kaiserliche Statistische Amt nicht berücksichtigt werden.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Vollkleben unbrauchbar gewordener, wird bekanntlich nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Cöln besorgt. Mithin sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenfelder mit Jahresschluß vollgeklebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Cöln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugeschickt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, daß am Jahresschlusse die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinsam nach Cöln geschickt werden können.

Um die Neuausstellung der Bücher — es handelt sich um mehrere tausend — bei der Geschäftsstelle in Cöln zu erleichtern und zu beschleunigen, bitten wir die Ortsverwaltungen, auf die Innenseite des vorderen Buchdeckels diejenige Markenzahl hinschreiben zu wollen, die in das neue Buch übertragen werden muß. Bei der Zahlung dürfen nur die im Buch klebenden Wochenbeitragsmarken mitgezählt werden. Streikmarken, beitragsfreie Marken u. s. w. sowie die mit Stempel versehenen Markenfelder sind also nicht mitzuzählen. Auch achte man darauf, daß die Zahl der in früheren Büchern geklebten und im letzten Buch durch ordnungsmäßige Eintragung bescheinigten Marken mit hinzugerechnet werden. Es wäre also auf die Innenseite des vorderen Deckels beispielsweise zu schreiben:

In diesem Buche kleben 313 Marken
Früher geleistet . . . . 257 „
zusammen 570 „

Um Streiforte zu vermeiden und Porto zu sparen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher als Geschäftspapiere mit der Post geschickt werden können. Die Bücher dürfen jedoch nicht verschlossen geschickt werden und ebenso dürfen keine schriftlichen Mitteilungen beigefügt sein. Das Porto beträgt bis zu 3 Bücher 10 Pfg., bis zu 6 Bücher 20 Pfg. und bis zu 13 Bücher 30 Pfg. Mehr wie 13 Bücher darf eine Sendung Geschäftspapiere nicht enthalten.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1914. Mit dem 28. Dezember gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50-Pfennigs-Beitragsmarken dürfen über den 28. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Für die Woche vom 28. Dezember 1913 bis zum 5. Januar 1914 ist also die erste neue Marke zu verwenden. Die neuen Marken werden den Zahlstellen mit den Abrechnungsvordrucken für das 4. Vierteljahr zugeschickt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahresschluß an die Geschäftsstelle in Cöln zurück zusenden sind. Keinesfalls dürfen nach diesem Zeitpunkt von den Zahlstellen alte Marken für etwa restierende Mitglieder zurückbehalten werden. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Verbandsbeiträge zu sorgen.

Auf das Einkleben der beitragsfreien Marken in die Mitgliedsbücher wird nochmals aufmerksam gemacht. Und zwar müssen nach dem Beschluß des Barmer Verbandstages im Jahre 1912 und späterhin alle wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw. leergebliebenen Markenfelder in den Mitgliedsbüchern mit beitragsfreien Marken beklebt werden. Ausgenommen sind nur die Wochen, in denen nach § 7 der neuen Satzungen die Mitgliedschaft geruht hat. Für reisende Mitglieder werden die beitragsfreien Marken dort nachgeklebt, wo sie in Arbeit treten. Wir bitten die Ortsverwaltungen dringend, zu sorgen, daß am Jahresschlusse alle Mitgliedsbücher in tadelloser Ordnung sich befinden.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 65 172, Joseph Schindler; Nr. 69 707, Friedrich Schneider; Nr. 94 702, Andreas Seibold. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cöln. Mit dem Grundsatze: „Verleumde nur fest drauflos, wenn es gegen den Gegner geht“, scheint man sich in letzter Zeit in Kreisen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes über manch schwierige Situation im eigenen Lager hinweg helfen zu wollen. So befaßte sich in Nr. 288 der sozd. „Rheinischen Zeitung“ ein längerer Artikel mit unserem Verhalten gegenüber der Firma Leybolds Nachfolger. Wir sollen die Solidarität verletzt haben. Wie ist nun der wirkliche Sachverhalt? Den im Hauptgeschäft der Firma Leybolds Nachfolger in der Brüderstraße beschäftigten Schreinern wird ein Stundenlohn von 56 Pfg. gezahlt, während der tarifliche Durchschnittslohn 62 Pfg. beträgt. Das Organisationsverhältnis in diesem Betriebe ist folgendes: Von den dort beschäftigten 10 Schreinern sind 3 im roten Verband, 1 ist christlich organisiert und die andern sind indifferent. Ein Vorstelligwerden der Organisationsvertreter bei der Firma hatte keinen Erfolg. Nun beschloß der rote Verband in eine Bewegung einzutreten und zum letzten Mittel zu greifen. Die Firma hat nun aber in Cöln-Lindenthal noch einen Nebenbetrieb mit 10 Arbeitern. Diese sind alle in unserem Verbande organisiert. Dort werden die tariflichen Bestimmungen voll und ganz eingehalten. Im Lindenthaler Betriebe werden aber ganz andere Arbeiten hergestellt, als im Hauptbetrieb. Nun stellte der rote Holzarbeiterverband an uns das Ansinnen, trotz der dort geregelten Verhältnisse, in Lindenthal ebenfalls in die Bewegung einzutreten. Dieses lehnten wir ab. Wir gaben aber der roten Verbandsleitung zu verstehen, daß sich unsere Kollegen im Lindenthaler Betriebe solidarisch erklären würden, sobald die Firma dazu übergehen würde, die bisher im Hauptbetriebe hergestellten Arbeiten im Nebenbetriebe herstellen zu lassen. Diesen Standpunkt nennt der rote Holzarbeiterverband in der „Rh.-Ztg.“ eine sonderbare Logik. Die Leitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes mag es sich gesagt sein lassen, daß wir unsere Stellungnahme nicht nach der Logik irgend eines radikalen Genossen einrichten, sondern uns allein an den vernünftigen, praktischen Gewerkschaftsstandpunkt halten. Wie wäre wohl die Logik der Genossen gewesen, wenn der Fall umgekehrt gewesen wäre? Mit dem Hinweis auf den paritätischen Arbeitsnachweis hätten die Genossen besser geschwiegen, denn es war ausgerechnet ein sozialdemokratisch organisierter Schreiner, der von den vorsprechenden Arbeitslosen die Stelle besetzte. Uebrigens sollen die führenden Geister der Genossen einmal dafür sorgen, daß in ihren eigenen Reihen Solidarität herrscht. Wie sollte es denn sonst möglich sein, daß in mehreren Betrieben Arbeiter entlassen werden, während die eigenen Verbandsgenossen bis tief in die Nacht im gleichen Betriebe Ueberstunden machen. Nennen das die Genossen vielleicht Solidarität. — In einer größeren Möbelfabrik hier in Cöln wird seit einiger Zeit mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, täglich nur sieben Stunden. Nun wurde befürchtet, daß die Arbeitszeit noch weiter verkürzt würde. Da schlugen die Kollegen dem roten Vertrauensmanne vor, gemeinsam beim Betriebsinhaber vorstellig zu werden, um weitere Verkürzungen hintanzuhalten. Diesen Vorschlag billigten auch ein großer Teil der roten Verbandsmitglieder. Die rote Verbandsleitung stellt auch dies wieder als Verbrechen an der Solidarität hin. Der rote Vertrauensmann lehnte es ab, gemeinsam vorstellig zu werden. Dafür wußte er aber nichts besseres zu tun, als nach der Arbeitszeit allein mit der Firma zu unterhandeln. Auch Solidarität. Sehen wir uns überhaupt die Kollegialität der Genossen in diesem Betriebe etwas näher an. Mit allen möglichen Mitteln wird versucht, unseren Kollegen die Arbeitsmöglichkeit zu hintertreiben. Da scheut man sich nicht, einen gewissen Druck auf die Betriebsleitung auszuüben, um unsere Kollegen aus dem Betriebe fernzuhalten. Im Verkehr mit unseren Kollegen sind die Kosenamen „Schwarzer Lump“, „Gauner“ usw. Alltäglichkeiten. Von anderen Ungezogenheiten redet man am besten gar nicht. Wenn also die führenden Genossen glauben, uns mangelnde Kollegialität und Solidarität vorhalten zu müssen, dann mögen sie mit der Erziehung erst einmal in ihren Reihen anfangen. Dann erst sollen sie sich über andere zu Sittenrichtern aufspielen.

Berlin. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften für Groß Berlin hatte in der letzten Woche für die verschiedensten Bezirke der Reichshauptstadt 12 öffentliche Versammlungen für die christlich-nationale Arbeiterschaft einberufen. Das Thema für die Versammlungen lautete: „Die christlich-nationale Arbeiterschaft im Kampfe gegen die sozialpolitische Reaktion.“ Unter Berücksichtigung der Verhandlungen des 3. deutschen Arbeiter-Kongresses wurden in allen Versammlungen insbesondere die bekannten Bestrebungen gegen unsere Sozialpolitik und gegen das Koalitionsrecht erörtert. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und zeigten die guten Wirkungen, welche der 3. deutsche Arbeiterkongreß in der Arbeiterschaft ausgelöst hat. Die Tatsache, daß insbesondere die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Berlins in den Versammlungen gut vertreten waren, läßt wohl darauf schließen, daß das Bedürfnis vorhanden ist, häufiger Versammlungen für alle Berufe in den verschiedensten Bezirken zu veranstalten. In den Versammlungen wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige, vom christlichen Gewerkschaftskartell für Groß-Berlin einberufene christlich-nationale Arbeiterversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des 3. deutschen Arbeiterkongresses einverstanden. Sie spricht dem Kongreß für sein mannhaftes Eintreten gegen die Bestrebungen auf Einengung der Arbeiterrechte und der Sozialpolitik den herzlichsten Dank aus. Die Versammelten verurteilen mit dem Kongreß auf das entschiedenste die von verschiedenen Seiten bestätigte Hetze gegen die selbständige Arbeiterbewegung und gegen unsere bewährte Sozialpolitik. Die Versammlung verspricht, den Kampf gegen die sozialpolitische Reaktion weiterzuführen und für die Rechte und Freiheit der Arbeiterschaft einzutreten. Als wirksamsten Schutz sieht die Versammlung die Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung an und verspricht deshalb, nach wie vor an ihrer Organisation festzuhalten und für deren weitere Ausbreitung zu sorgen.“

Schwerin i. M. Eine emsige Tätigkeit wird in der letzten Zeit in unserer Zahlstelle entfaltet. Und zwar wird zunächst, wie das bei einer jungen Zahlstelle zweckmäßig und notwendig ist, intensiv an der Schulung der Mitglieder gearbeitet. Zu diesem Zwecke besuchte Kollege Schmitz-Berlin die letzten Mitgliederversammlungen und hielt jeweils einen instruktiven Vortrag über die verschiedensten Fragen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Fast vollzählig erschienen jedesmal die Mitglieder in der Versammlung und bewiesen sie so ihr großes Interesse für unsere Sache. Ist nun ein Stamm tüchtiger, opferbereiter Kollegen vorhanden,

wird, ist man dort einer Erfindung näher getreten, die allen Ansprüchen genügen soll. Es handelt sich um Matratzen, die aus einem vegetabilischen Stoff angefertigt, leicht, weich und schmiegsam sind, so daß sie die aus Wolle, Roßhaar oder Feder durchaus ersetzen und welche durch ein bestimmtes Verfahren unsinkbar gemacht worden sind. Die Matratze wird also im Falle der Gefahr eine Art Floß, auf dem die Verunglückten die Hülfe, die jetzt nie lange auszubleiben pflegt, abwarten können und da doch auf allen Schiffen jeder Passagier eine Matratze zur Verfügung hat, so bedeutet dies die fast sichere Rettung für alle. Es steht zu hoffen, daß die Erfindung in der Tat all das erfüllt, was für sie in Anspruch genommen wird und die in dieser Hinsicht schon so oft getäuschten Erwartungen sich diesmal verwirklichen.

Fachliches.

Fleckige Tapeten. An verschiedenen Beispielen läßt sich, so schreibt die Fachzeitschrift „Die Tapete", nachweisen, daß die dem Verwendungszwecke entsprechende Behandlung dem Papier nicht immer durch die Tapetenfabriken zuteil wird. Die Dicke des Papiers bietet gegen das Durchschlagen nur wenig Widerstand. Die Tapete ist an der Wand allerlei chemischen Einwirkungen ausgesetzt, bei zweifelhaftem Papier genügen mitunter ganz geringe alkalische Absonderungen, um die Fleckenbildung zu ermöglichen. Will man die vorkommenden Fälle der Fleckenbildung richtig beurteilen, so darf jedoch keineswegs einseitig auf das Papier zurückgegriffen werden. In der Praxis wird die Vorbehandlung alter sowohl als neuer Wände irgend einem mehr oder weniger qualifizierten Handwerker, Maurer, Maler usw. überlassen. Zur Reinigung und Grundierung werden dann, um die Kalkmörtelwand für die Aufnahme der Tapete vorzubereiten, derbe Leim- und Seifenlösungen benutzt. Das in der Seife enthaltene Alkali zieht immer Feuchtigkeit an sich, zumal er in der Regel frei wird, wenn es auf den Kalkputz kommt. In der Grundierung wird die Seife nie fest wie der Leim, sondern bildet stetig ein flexibles Element in der Unterlage der Tapete, das der Spannung der trocknenden Tapete, welche durch die Makulaturunterlage noch erhöht wird, nicht gewachsen ist. Hierzu kommt, daß neue sowohl wie alte Wände mitunter Feuchtigkeit oder auch alkalische Bestandteile absondern; diese sind aber selbst in verfeinertem, kaum wahrnehmbaren Zustande geeignet, den Klebstoff derart zu beeinträchtigen, daß dieser das Papier durchdringt und Flecken bildet. Die Ursache ist aber meist sehr schwer zu erkennen; denn infolge der Behandlung des Papierstoffes mit verschiedenen, starke chemische Wirkungen ausübenden Körpern ist es ebensogut möglich, daß solche Reste im Papier zurückbleiben. Gegen das Fleckigwerden ist weder die ordinärste noch die kostbarste Tapete geschützt. Im Grunde genommen ist die teuerste der Gefahr der Fleckenbildung genau so ausgesetzt wie die allergewöhnlichste. Bei der Fabrikation entstehen sogar Oel- und Fettflecke. In den Handel mögen Tapeten mit derartigen Flecken kaum geraten, um so öfter finden sich dagegen bei Neutapezierungen durch zufällige Verunreinigungen entstandene Fettflecken. Den Ursprung der Fleckenbildung nachzuweisen, ist für den Tapezierer von besonderer Wichtigkeit; denn der Architekt sowohl wie der private Auftraggeber sind erfahrungsgemäß in vorkommenden Fällen mit ihrem Urteil schnell fertig und erklären die Veränderung der Tapete einfach als ein Mangel der Klebe- bezw. Tapeziertechnik. Eine andere, höchst unangenehm empfundene Veränderung der Tapete ist das Vergilben. Wenn vorhanden, macht sie die Tapete in aufgeklebtem Zustande verhältnismäßig schnell unansehnlich. Die durch ungünstige Lagerung entstandenen Flecken können die verschiedensten Ursachen haben. Mitunter erleiden die aufgelagerten oder dem Papiere einverleibten Farben eine ungünstige Veränderung. Von dem unbewanderten Auftraggeber werden natürlich alle Veränderungen auf das Konto der Tapeziertechnik gesetzt. In Wirklichkeit werden jedoch unzweckmäßiges Kleben und falsche Behandlung des Materials sehr selten die Flecken in der Tapete verschulden: denn sachgemäß hergestellter Gips- oder Zementmörtelputz läßt alle Kleistersorten unbeeinflußt, so daß selbst ein etwas zu kräftiges Kleben auf sehr dünnem oder losem Papier zwar ein Durchschlagen, aber nach dem Trocknen nur dann Flecken hinterläßt, wenn von irgend einer Seite in oben geschildertem Sinne Einwirkung erfolgt ist".

Aus der Bewegung.

Cöln. Als wir im Vorjahre in der „Vereinigung" einen Rückblick auf unsere bisherige Entwicklung warfen, standen wir am Vorabend großer Ereignisse. Die Neugestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse beanspruchte in weitgehendem Maße das Interesse der Kollegen, und gleichzeitig machte sich das Bestreben geltend, die noch abseits stehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Wie notwendig das war, bewies gar bald der Gang der Ereignisse. Es bedurfte erst eines dreiwöchentlichen Kampfes, um den Forderungen, welche die Kollegen an die Arbeitgeber stellten, zur Anerkennung zu verhelfen. Der Erfolg war der Opfer wert. Durch die erreichten Zugeständnisse in Form eines mehrjährigen Tarifvertrages wurden Verbesserungen erzielt, welche mit den gesteigerten Anforderungen, die das Gewerbe sowohl als auch die verteuerte Lebenshaltung an die Arbeiterschaft stellt, wenigstens einigermaßen in Einklang standen. — Das Polsterer- und Tapezierergewerbe gehört mit zu den sogen. Saisongewerben, welche zu gewissen Zeiten erhebliche Massen von Arbeitskräften abstoßen und sie dann einer längeren Arbeitslosigkeit überliefern. Nur erstklassige Arbeitskräfte haben in solchen Perioden die Aussicht, an der Oberfläche zu bleiben. — Gerade im Hinblick darauf ist der enge Zusammenschluß unsererer Berufskollegen eine doppelte Notwendigkeit. Ohne den Schutz der Organisation sind wir wehrlos all den Zufälligkeiten unseres Gewerbes ausgeliefert. — Im Bewußtsein dieser Tatsache haben die Kollegen auch nach beendeter Lohnbewegung Wert darauf gelegt, das Erreichte hochzuhalten, nicht nur in materieller Beziehung, sondern auch durch die Pflege eines regen Verbandslebens. Der Versammlungsbesuch war deshalb im abgelaufenen Jahre im allgemeinen ein befriedigender zu nennen und die Kollegen zeigten lebhaftes Interesse für das in den Versammlungen Gebotene. Auch die Zukunft muß uns auf dem beschrittenen Wege weiter führen. Jeder Kollege muß es als seine Pflicht betrachten, auf den Werkstätten einzutreten für das durch einen schweren Kampf Erreichte, Unorganisierte zu veranlassen, sich unserm Verband anzuschließen. Die Pflege der Kollegialität darf sich nicht nur auf den Verkehr außerhalb des Betriebes beschränken, sondern muß besonderen Ausdruck finden in der nachhaltigen Unterstützung der Kollegen untereinander auf den Werkstätten. Unserer Aufmerksamkeit seien besonders die jungen Kollegen, der Nachwuchs, empfohlen. Mehr als je ist heute die fachliche Tüchtigkeit der Maßstab für die Bewertung unserer Arbeitskraft. Von der Erkenntnis dieser Tatsache ausgehend, muß auch die Förderung des Arbeitsnachweises für unsern Beruf eine der vornehmsten Aufgaben sein. Je mehr es gelingt, vermittelst eines gut ausgebauten Arbeitsvermittlungssystems gerade die besten Betriebe unserer Stadt mit Mitgliedern unseres Verbands zu besetzen, desto günstiger wird unsere Position den Gegnern gegenüber und besonders bei zukünftigen Lohnbewegungen. Manche Wünsche der Kollegen harren noch der Erfüllung. Ihre Verwirklichung kann nur auf dem vorbezeichneten Wege liegen. Dem Zentralverband christl. Holzarbeiter haben die Kollegen der Tapezierer- und Polstererbranche die Vertretung ihrer Interessen anvertraut. Und das mit Recht! Seine Stärkung ist deshalb auch unsere Stärke! Ihm auch in der Zukunft durch eifrige Weiterarbeit die treue Gefolgschaft zu wahren, die Sektion auszubauen, fachliche und gewerkschaftliche Schulung zu pflegen, sei die Losung für das kommende Jahr. Der Tarifabschluß im letzten Jahre bedeutet nicht etwa das Ende der Lohnbewegung, sondern jedes Jahr wird auf's Neue, einmütigt Zusammenarbeit von uns verlangt, um die im Vertrage festgelegten Verbesserungen Schritt für Schritt zur Durchführung zu bringen. Gutes durch das Bessere zu ersetzen, Werbung neuer Mitglieder und frohe Begeisterung für unsere Sache, mit diesen drei Vorsätzen wohlgemut hinüber ins Jahr 1914.!

Dortmund. In der letzten Konferenz der Verwaltungsstelle Dortmund wies der Vertreter unserer Tapezierergruppe auf den im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifvertrag und besonders auf das Verhalten einiger örtlichen Größen im roten Tapezererverband hin. — Mögen unsere Kollegen dasjenige befolgen, was in der Konferenz gesagt wurde, und vor allem ohne Verständigung mit der Ortsverwaltung nichts unternehmen. Nur dann werden wir uns bei allen Gegnern Respekt verschaffen. Wir sind heute in Dortmund soweit, daß man ohne weiteres über uns nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Unsere Kollegen sollten vor allem bestrebt sein, den letzten noch fernstehenden Tapezierer der Organisation zuzuführen.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Jansen, Cöln, Venloerwall 9.

Die Vereinigung

Dezember

:: Monatsschrift der christlich organisierten :: Polsterer und verwandter Berufsangehöriger

:: 1913 ::

Rückblick.

Schon wieder ist ein Jahr dahin. Im Geiste schauen wir zurück auf die verflossene Zeit. Prüfend überblicken wir die getane Arbeit. Hat uns das Jahr 1913 vorwärts gebracht? Gewiß! Wir haben wiederum einen Fortschritt zu verzeichnen, wenn er auch nicht so groß ist wie in den vorletzten Jahren. Wir haben wiederum in einigen Orten Fuß gefaßt, wo wir bisher nicht vertreten waren. Außerdem haben unsere Sektionen durchweg einen guten Stand.

Die Geschäftslage im Tapezierergewerbe war im verflossenen Jahre eine durchaus flaue. Die Arbeitslosenziffer war merklich hoch gegenüber der in den vergangenen Jahren. In vielen Werkstätten mußten die Kollegen noch unfreiwillig eine verkürzte Arbeitszeit in Kauf nehmen. Daß dieses die Agitation wesentlich erschwert, kann nicht bestritten werden. Doch scheint es, daß viele Mitglieder eine schlechte Geschäftslage so betrachten, daß dann durchaus für den Verband keine Kollegen zu gewinnen wären. Ein solches Kopfhängenlassen sollte nirgendwo aufkommen. Ja, auch dann sind noch Kollegen für den Verband zu gewinnen, wenn der Zeit entsprechend die Agitation getätigt wird. Das haben die Kollegen bewiesen, die trotzdem tüchtig zugegriffen haben. Viele Orte gibt es noch, wo wir noch nicht vertreten sind, die aber durch die Sektionen oder einzelnen Kollegen sehr gut erreicht werden können. Es gilt das Agitationsfeld auszudehnen, und die zu winnen, die man bisher für Unerreichbare hielt. Eine schlechte Geschäftslage darf unsern Mut nicht erlahmen lassen. Wir müssen im Gegenteil die Schwierigkeiten zu überwinden versuchen. Nach Wahrnehmungen des verflossenen Jahres scheint man in manchen Orten viel zu beraten, aber wenig zu tun. Hier muß der Einzelne, der das einsieht, aus sich heraustreten und unbekümmert der Zagenden ans Werk gehen. Auch die Mitarbeit an der „Vereinigung" scheinen viele Kollegen noch nicht recht zu würdigen. Wenn die Mitarbeit auch besser war wie früher, so mag es doch für das kommende Jahr noch besser werden.

Im Frühjahr 1912 standen die Sektionen Cöln und Essen in der Tarifbewegung. Der 14tägige Kampf, der durchgefochten werden mußte, war des Sieges wert. Die Kollegen dieser Städte sind für die Tarifbewegungen in Rheinland und Westfalen die Pioniere. Schon stehen in andern Städten die Kollegen in der Bewegung. So ist der Tarif der Firma Heudels-Viersen bereits gekündigt. Die Kollegen der Städte Duisburg, Düsseldorf, Dortmund rc. beraten zur Zeit über die eventuelle Kündigung. Hoffen wir, daß auch hier wieder neue Erfolge errungen werden.

Wenn wir hier eine kurze Prüfung der getanen Arbeit anstellen, so heißt es für jeden einzelnen Kollegen am Schlusse des Jahres: Prüfe dich selbst! Was hast du getan für den Verband? Nach Beantwortung dieser Frage wirst du wissen, was du für die nächste Zeit zu tun hast! Vorwärts, mit frischen Kräften zu neuen Zielen!

Vom guten Geschmack.

Das Streben nach guten Qualitäten und Formen findet immer weitere Anhänger. Nicht wenig trägt zur Förderung deutscher Qualitätsarbeit der deutsche Werkbund bei, der mit seiner Ausstellung 1914 in Cöln dem deutschen Volke zeigen will, wieweit die Entwickelung nach dieser Seite bereits vor sich gegangen ist. Diese Ausstellung soll sein, der Idealtypus einer nationalen Ausstellung, insofern sie aus dem deutschen Gegenwartsschaffen die Qualitätsleistungen herausgreift, in denen zugleich das Streben nach einem eigenen und einheitlichen Ausdruck der nationalen Arbeit in die Erscheinung tritt. Jedenfalls wird die Werkbundausstellung Cöln 1914 in erheblichem Maße dazu beitragen, im Volke die Freude an gediegenen Qualitäten und guten Formen zu wecken und weiter auszubreiten.

Viel weiter könnten wir mit der Erziehung des Volkes zum „guten Geschmack" ohne Zweifel sein, wenn sich alle Verkäufer von Waren ihrer Aufgabe als Erzieher des Volkes bewußt wären. Leider aber liegen heute die Dinge noch so, daß derjenige als der beste Geschäftsmann gilt, der den Käufern allen Kitsch und Schund für teures Geld anzuhängen versteht. Wie Dr. Jolles kürzlich in einem Vortrage, gehalten im Verein für deutsches Kunstgewerbe zu Berlin, anführte, befinden wir uns heute in einer Zeit des Stilüberganges. Die einen hängen noch an dem Stile, der vor Jahren und Jahrzehnten allgemein gültig gewesen ist, die anderen haben sich dem neuen Stile zugewendet, weil sie ihn verstanden haben und als Ausdruck ihrer eigenen Empfindungen erkennen. Zwischen diesen beiden Gruppen steht aber die große Menge derjenigen, denen es an Verständnis und demzufolge am eigenen Urteile mangelt. Sie bedürfen in der Stillosigkeit dringend des Führers. Stil ist das zusamenhängende System künstlerischer Ausdrucksformen, wie sie einem Lande, einer Zeit, einer Persönlichkeit zu eigen sind. Geschmack ist das Vermögen, die künstlerischen Ausdrucksformen einer bestimmten Zeit, eines Landes, eines Menschen zu verstehen und zu bewerten. Den Geschmack kann man bilden und ihn uns anerziehen, allen im Volke anzuerziehen wird vornehmlich die Aufgabe der Fortbildungsschulen sein müssen. Wenn wir erst den Besitz eines guten Geschmackes als ein selbstverständliches Ziel der Schule beziehungsweise der Fortbildungsschule erachten dann wird die Zahl derer, die bei Stilübungen der Unsicherheit anheimfallen, immer mehr abnehmen. Dann wird auch die Aufgabe des Verkäufers nicht mehr so wie heute die eines Führer für die Stillosen sein. Die Stillosen aber müssen heute vom Verkäufer auf das geschmacklich Richtige hingelenkt werden. Ist es nun Aufgabe des Verkäufers, dem Kunden seinen Geschmack, sein besseres Wissen aufzudrängen, oder muß er vor allen Dingen im Interesse des Geschäfts den Wünschen des Kunden nachkommen? Unstreitig muß er dafür sorgen, daß der Kunde seine Wünsche erfüllt sieht. Wie soll nun aber der Verkäufer selbst zu einer ästhetischen Vorbildung gelangen? Auch hier muß die Fortbildungsschule einsetzen. Aber nicht mit trockener Belehrung, sondern mit lebendiger Arbeit. Das Gegenüberstellen von Beispiel und Gegenbeispiel ist sehr gefährlich und schadet weit mehr als es nützt. Veranlaßt man hingegen den Verkäufer, sich praktisch zu schulen, womöglich in der Herstellung der von ihm verkauften Objekte, oder läßt man ihn sich zunächst nur in Farbenzusammenstellungen üben, so erkennt man schon sehr bald, wie außerordentlich heilsam und geschmackbildend das auf ihn wirkt. Hat er einige Sicherheit im Zusammenstellen von Farben und Verteilen der Farben auf ein bestimmtes Objekt gefunden, dann soll er zu plastischen Uebungen übergehen. Dieses praktische Studium der Form fördert ihn

weit mehr als jeder andere Unterricht. Daraus gewinnt er dann auch das richtige Empfinden in der Behandlung von Waren, die nicht künstlerischen oder kunstgewerblichen Ursprunges sind. Auch an ihnen kann er seinen Geschmack betätigen, beispielsweise wie er sie ausstellt, wie er die Reklame für sie gestaltet usw. Allerdings muß eine solche Heranbildung des Verkäufers vermeiden, ihn zu einer Selbstüberhebung gelangen zu lassen. Geht man in dieser Weise vor, so werden spätere Generationen erkennen, daß das Verständnis der Kunst nicht Sache von einigen wenigen, sondern von allen ist, daß Kunst nicht schwer, sondern leicht ist.

Notizen.

„Wir sind politisch neutral!" So hören wir oft die Agitatoren des roten Tapeziererverbandes sagen, wenn sie auf den Mitgliederfang ausgehen. Oft schon haben wir die Leute auf die Finger geklopft und können es auch heute wieder tun. Die Kosten der roten Parteiwahlen werden bekanntlich in erheblichem Umfange von den sogenannten „freien" Gewerkschaften mitbestritten. Direkte Kassengelder oder Listen, die Mann für Mann die Versammlungen durchlaufen, müssen die Erträge bringen und wehe dem, der sich ausschließt. In Nr. 48 des roten Korrespondenzblattes heißt es in einem Bericht aus Graudenz: „Um die Kosten für die Stadtverordneten- und Krankenkassenwahlen zu decken, wurde vom Kartell beschlossen, die Gewerkschaften sollen pro Mitglied 10 Pfg. entrichten". Da sich die sozd. Gewerkschaften als solche wohl kaum an den Stadtverordnetenwahlen beteiligen, kommen die Gelder natürlich der sozd. Partei zugute. In der roten Tapeziererversammlung zu Chemnitz, redete ein Redakteur über August Bebel und sprach unter stürmischem Beifall der „neutralen" roten Tapezierer folgendes: „Geloben wir uns, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der Kapitalismus überwunden ist und an dessen Stelle der Sozialismus trete. Dadurch ehren wir das Andenken unseres großen Toten, August Bebel, am besten." Da sage noch einer, daß „es dumm und unwahr" wäre, daß nicht alle dem roten Tapeziererverband angehören könnten!

Korrespondenzblatt und 3. deutscher Arbeiterkongreß. Anzuerkennen ist, daß der Bericht des Korrespondenzblatt des roten Tapeziererverbandes, recht vorteilhaft absticht von dem, was sich das Blatt sonst über unsere Bewegung leistete. Dennoch kann es sich einige überflüssige Angriffe auf unsere Bewegung nicht ersparen. Darin, daß eine große Anzahl Gäste an dem Kongreß teilnahmen, will das Blatt den Beweis erblicken, was man von den christlichen Gewerkschaften erwartet. Dunkel ist da der Rede Sinn. Jedenfalls hält das Korrespondenzblatt die Gäste des Kongresses für übelbeleumundete Individuen, die die Kongreßdelegierten für einige Raubmorde oder ähnliches gewinnen wollten. Auch die Ueberlassung einer Anzahl Karten für die königlichen Theater erscheint dem Korrespondenzblatt als eine unmoralische Zumutung. Ganz und gar kann das Korrespondenzblatt auch nicht begreifen, daß die Christlichen gegenüber der Sozialdemokratie keine Neutralität kennen und doch Anspruch auf einen neutralen Charakter ihrer Organisation erheben. Dabei soll die Sozialdemokratie unerschrocken für die Gleichberechtigung der Arbeiter eintreten. Wer soll das glauben? Soweit uns bekannt ist, erstrebt die Sozialdemokratie nicht die Gleichberechtigung, sondern die Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Lobredner der Sozialdemokratie im roten Tapeziererverbande scheinen nicht einmal die Grundsätze der Sozialdemokratie zu kennen. Daß das Korrespondenzblatt verlangt, die Christlichen möchten von der Bildfläche verschwinden, um die „Macht der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung zu stärken," ist zwar ziemlich selbstverständlich, erweckt aber in diesem Zusammenhange den Anschein, als wenn man doch über die „Macht" der soziald. Gewerkschaftsbewegung stark im Zweifel wäre. Nichtsdestoweniger redet man hinterher davon, daß die Christlichen einen ganz anderen Druck ausüben würden, wenn sie die „Macht" der soziald. Gewerkschaften hätten. — Alles in allem: auch dem Korrespondenzblatt scheint mit dem Kongreß die Erleuchtung gekommen zu sein, daß man die christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht mit einigen hämischen Bemerkungen aus der Welt schaffen kann.

Innehaltung der Arbeitszeit. In Hamburg war ein Tapezierergehilfe von seinem Arbeitgeber sofort entlassen worden, weil der Gehilfe bei der Kundschaftsarbeit statt um 7 Uhr, schon um 6 Uhr Feierabend gemacht hatte. Der Gehilfe klagte beim Gewerbegericht auf Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung, unter Hinweis darauf, er habe wohl abends die Arbeit eine Stunde vor Feierabend verlassen, dafür habe er aber während der Mittagspause eine Stunde gearbeitet. Das Gewerbegericht wies den Gehilfen mit seiner Klage ab. Selbst wenn der Kläger während der eineinhalbstündigen Mittagspause eine Stunde gearbeitet habe, sei sein Verhalten unberechtigt und seine Entlassung begründet. Dem Kläger als gewerblichen Gehilfen könne nämlich nicht das Recht zuerkannt werden, entgegen den tariflichen Bestimmungen und den Intentionen seines Meisters die Arbeitszeit nach seinem Geschmack auf den Arbeitstag zu verteilen. Er habe keinen Auftrag dazu gehabt, die Mittagspause zur Arbeit zu benutzen und hätte deshalb die Pause innehalten müssen. Wenn er trotzdem während der Mittagspause gearbeitet habe, so stehe ihm für diese Zeit auch mangels einer entsprechenden Vereinbarung kein Lohnanspruch für diese Arbeitsstunde zu, und er sei verpflichtet gewesen, bis 7 Uhr abends, den für ihn geltenden Schluß der Arbeit, weiter zu arbeiten. Da er bereits um 6 Uhr mit der Arbeit aufgehört, habe er die Arbeit unbefugt verlassen und sei mit Recht sofort entlassen worden.

Fachliteratur. Zu den Fachwerken, die alljährlich auf den Büchermarkt geworfen werden, bemerkt die „Allgemeine Tapezierer-Zeitung" in ihrer Nr. 24, 1913 folgendes: Ueber alle Gebiete unseres Gewerbes gibt es eine stattliche Anzahl Bücher und größere derartige Werke mit Vorlagen und zerlegbaren Modellen usw. Leider muß aber gesagt werden, daß, trotzdem diese Zahl ständig wächst, die Zahl derer, welche wirklich solche brauchbaren Bücher herausbringen, immer kleiner wird. Es sind in unserem Gewerbe Bücher auf dem Markt, welche für 20 und noch mehr Mark angeboten werden, dafür aber nicht viel mehr Wert haben, als ein Musterbuch einer größeren Fabrik oder Handlung der Branche, während andere Werke, welche für den Käufer auch einen wirklichen Wert haben, oft nur aus dem Grunde nicht gekauft werden, weil sie nicht mit schönen Bildern geschmückt sind, und so ohne eingehendes Studium ihren Wert nicht erkennen lassen. Das hier gesagte trifft nicht nur für technische Werke zu, sondern auch für solche, welche dem Lesenden gewisse kaufmännische Kenntnisse erwerben lassen sollen, zumal es auch in dieser Beziehung eine unendliche Anzahl Lehrbücher und als „allein richtig" angebotene Systeme von Buchführungen und Kalkulationsmethoden gibt. Nicht die äußere Ausstattung eines Buches bedingt dessen Wert, oder recht viele in den Text eingedruckte Bilder, auch nicht, daß es von einem Professor oder Dr. geschrieben wurde, sondern der Wert eines Buches liegt einzig und allein darin, daß es von einem geschrieben wurde, der mitten im Leben steht und in seinem Buche Wahrheiten bekannt gibt, die er gewissermaßen in der Praxis gesammelt hat. Man lasse sich auch nicht durch die vielen Anerkennungsschreiben usw. von „Selbstunterrichtswerken" verleiten, eine Sache zu beginnen, die man vielleicht sehr bald wieder aufgibt, wenn man gesehen hat, welch eiserner Fleiß und welche Ausdauer dazu gehören, um daß gesteckte Ziel zu erreichen. Ehe man in dieser Beziehung den Verkäufern solcher Werke gegenüber Verpflichtungen eingeht, und sich so bindet, gewisse Beträge auf alle Fälle und zu gewissen Zeiten zu bezahlen, überlege man sich reiflich, ob man Zeit und Energie genug besitzt, um ein einmal angefangenes Studium aus sich selbst

heraus fortzusetzen. Man beachte hierzu noch, daß derartige Bücher nur als Lehrbücher zu gebrauchen sind, als Nachschlagewerke jedoch nur einen bedingten Wert haben, und auch dann nur für den, der sie von Anfang bis zu Ende mit Ernst durchstudiert hat.

Verschiedenes.

Linoleum-Konvention. Die sieben Linoleumfabriken: Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Kompagnie in Neu-Kölln, Rheinische Linoleum-Werke Bedburg, A.-G. in Bedburg, Germania-Linoleum-Werke A.-G. in Bietigheim, Bremer Linoleum-Werke-Delmenhorst A.-G. in Delmenhorst, Delmenhorster Linoleum-Fabrik (Anker-Marke) in Delmenhorst, Deutsche Linoleum-Werke Hansa, A.-G. in Delmenhorst und die Linoleum-Fabrik Maximiliansau in Maximiliansau (Pfalz) haben sich über die einheitliche Festsetzung der Preise geeinigt. Eine Vereinbarung über die Produktionsmenge wurde indeß nicht getroffen. Die Preisvereinbarung gilt vorläufig nur für das Jahr 1914. Sollte sie sich bewähren, so ist eine Verlängerung des Vertrages jedoch ziemlich sicher. Die Konvention will nur an solche Linoleumhändler liefern, die sich „unter ihren Schutz gestellt" haben. Dieser Schutz besteht darin, daß die „Konventions"-Fabriken nur an solche Händler liefern, die den örtlichen Vereinigungen angehören, oder sich verpflichten, nur zu den Bedingungen und Preisen, welche von diesen aufgestellt sind, zu verkaufen. Wie verlautet, hat die Konvention ein Interesse daran, daß die Preise der Händler auf „normaler Basis" bleiben, daß sie nicht zu hoch geschraubt werden, um den Verbrauch zu heben. — Hat sich der Verbrauch gesteigert, dann wird sicherlich die Preissteigerung schon nachkommen.

Deutschlands Ein- und Ausfuhr an wichtigen Polstermaterialien. Im Jahre 1911 betrug der Wert der Einfuhr mexikanischer Fiber nach Deutschland 4,088 Mill. Mk., die deutsche Ausfuhr belief sich auf 0,902 Mill. Mk. Dichte Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattung. Einfuhr 1,504 Mill. Mk., Ausfuhr 3,707 Mill. Mk. Bettfedern: Einfuhr 24,449 Mill. Mk., Ausfuhr 1,411 Mill. Mk. Pferdehaare: Einfuhr 8,900 Mill. Mk., Ausfuhr 1,584 Mill. Mk. Flachswerg: Einfuhr 11,418 Mill. Mk., Ausfuhr 3,094 Mill. Mk. Polsterfedern rc.: Einfuhr 0,564 Mill., Mk., Ausfuhr 3,756 Mill. Mk. Linoleum: Einfuhr 0,009 Mill. Mk., Ausfuhr 7,190 Mill. Mk., Sammet und Plüsch: Einfuhr 1,970 Mill. Mk., Ausfuhr 14,406 Mill. Mk. Posamentierwaren: Einfuhr 0,690 Mill. Mk., Ausfuhr 58,781 Mill. Mk. Hanf, Kapok rc.: Einfuhr 4,876 Mill. Mk., Ausfuhr 1,040 Mill. Mk.

Riesenpreise für Rokokomöbel. Ganze Vermögen werden heute auf dem Kunstmarkt für französische Möbel des 18. Jahrhunderts angelegt. Dies hat jedoch nicht nur seinen Grund in dem Liebhaberwert dieser Stücke, sondern auch in ihrem ursprünglichen Wert. Sie waren nämlich schon z. Zt. ihrer Entstehung teuer und manches dieser herrlichen, von berühmten Kunsthandwerkern gefertigten Möbel hat im 18. Jahrhundert ähnliche Preise erzielt wie das „Bureau" des Neuwieder Kunsttischlers Roentgen, das vom Berliner Kunstgewerbemuseum 1910 für 100 000 Lire angekauft wurde. Ein letzthin in Paris versteigertes Zylinderbureau vom Ausgang der Louis-XV.-Epoche wurde für 127 000 Franken versteigert; ein mit Watteauszenen geschmückter Rokokoschirm wurde beim Verkauf der Sammlung Oppenheim vor kurzem von dem Londoner Kunsthändler Duveen für 186 500 Mk. erworben, und in der gleichen Auktion erzielte eine Möbelgarnitur, ein Sofa mit sechs Fauteuils, einen Preis von nicht weniger als 184 000 Mk. Für eine Kommode der Oppenheim-Sammlung wurden 54 600 Mk. gezahlt. Noch größere Summen erzielte man freilich 1882 bei der Versteigerung der Hamilton-Sammlung: 189 000 Mk. für einen Sekretär von Riesener und 241 500 Mk. für einen Schrank aus der Zeit Ludwigs XIV. von Le Brun.

Künstlerische Raumausstattung. Künstlerische Einrichtung setzt, wie der Münchener Professor Berndl jüngst in einem Vortrage ausführte, von vornherein praktische Brauchbarkeit voraus, womit nicht gesagt sein soll, daß praktische Einrichtung schon künstlerisch sein muß. Es muß zum Praktischen eine künstlerische Formgebung kommen. Bei der Raumkunst besteht diese künstlerische Formgebung in drei Dingen: erstens in der Einheit der Form, zweitens in der Einheit der Farbe, drittens in einer Uebereinstimmung mit der Zweckbestimmung. Worin besteht diese Einheitlichkeit? Vor allem im harmonischen Zusammenklang, dessen Grundzug darin besteht, auch mathematisch eine Einheitlichkeit herauszubringen. Die Einheit der Farbe bedingt eine möglichste Würdigung des Dezenten und Farbig-Verwandten. Aber trotz alledem wäre diese sogenannte künstlerische Einheit noch nicht künstlerisch, solange sie nicht allgemein kulturellen Bedingungen entspricht. Ein Restaurant mittleren Ranges dessen Decke und Wände mit Goldmosaik belegt sind und in dem „Kalbsbraten" verzehrt werden, wird nie geschmackvoll wirken. Deplaziert ist es auch, Nebenräume allzu reich auszustatten. Wenn in Berlin in einem Hotel die Waschräume mit vierfachen Mahagonitüren, mit Einlegearbeiten in Perlmutter ausgestattet sind, so fehlt für die eigentlichen Prunkräume die Steigerung. Die Einheit in der Zweckbestimmung wird auf verschiedene Weise erreicht. Daneben ist zu achten, daß die Raumkunst auf den Bewohner der Räume, seine Verhältnisse usw. Rücksicht nimmt. Damit hängt auch die Wahl des Maßstabes für die Räume zusammen. Die Raumwirkung steigt nicht immer mit den Dimensionen. Die Verhältnisse in Innenräumen sind immer kleiner und vertragen auch einen kleineren Maßstab. Architektonische Gliederung, Auflösung der Wände durch Säulen usw. gaben erst besondere Reize ab. An den Vortrag schloß sich die Vorführung von Lichtbildern an, die Innenräume zeigten, und von Professor Berndl mit Erläuterungen versehen wurden, wobei er betonte, daß die farbigen Reize natürlich hier fehlen. Er schloß mit den Worten, daß jeder, selen seine Mittel noch so bescheiden, sich künstlerisch einrichten könne. Er braucht nur die geschaffenen Typenmöbel zu haben. Durch die Gruppierung erst werden auch diese immer neue Wirkungen hergeben. Nicht jeder aber kann und soll seine ureigensten Raumstücke für sich verlangen.

Eine Konvention der Möbelstoffgroßisten wird, wie die „Textil-Woche" mitteilt, am 1. Januar 1914 in Kraft treten. Die Konvention, die die wichtigsten und größten Firmen im Reiche umfaßt, hat Verkaufs- Lieferungs- und Zahlungsbedingungen aufgestellt, die Mißbräuche beseitigen sollen. Die Hauptbestimmungen gehen dahin, daß bei längerem Ziel kein Abzug mehr gewährt werden darf, daß alle Wertschwankungen ausgeschlossen werden und auch die Rabatte außer Kraft treten, Kommissionsware nicht mehr gegeben werden darf und für Auswahlsendungen von Wertmustern eine Zeitgrenze gesetzt wird, bei deren Ueberschreitungen diese ebenso wie alles aus der Auswahl behaltene Mustermaterial zu berechnen sind.

Unsinkbare Matratzen. Seit der furchtbaren Katastrophe, durch die über 1600 Menschen den Tod in den Fluten fanden, dem Untergange der „Titanic", ist der Glaube an die Unsinkbarkeit der schwimmenden Paläste des Ozeans, ja selbst der verhältnismäßigen Sicherheit derselben stark erschüttert. So richtet sich die Aufmerksamkeit denn wieder vor allem darauf, Gegenstände zu erfinden, die dem Einzelnen gestatten, im Falle eines Schiffbruchs sich über Wasser zu halten. Gar mancherlei sind denn auch hergestellt worden, die sich aber wohl nicht als praktisch erwiesen haben, ganz abgesehen davon, daß ihre Einführung mit großen Kosten verknüpft, denn man hat nicht gehört, daß die großen Schiffahrtsgesellschaften sie verwenden. Wie jetzt jedoch aus Frankreich berichtet

Kollegen, welche mit Recht als die Träger unserer Ideen angesprochen werden können, so ist es nachher auch umso eher möglich, die gewerkschaftlichen Aufgaben durchzuführen. Und so wurde dann auch wohl die wichtigste Aufgabe in rechter Weise in Angriff genommen. Die Frage einer planmäßigen Agitation beschäftigte ebenfalls die Kollegen in den Versammlungen. Alle Kollegen sind sich darüber im Klaren: sollen die Aufgaben der Organisation, also auch unseres Verbandes in wirksamer erfolgreicher Weise durchgeführt werden, dann ist die weitere Stärkung der Zahlstelle unbedingt notwendig. Und deshalb wird auch immer die Tätigkeit der Zahlstelle darauf gerichtet sein, dem Verbande mehr Mitglieder zuzuführen. Je größer dabei die Aussichten auf Erfolg sind, je größer der Kreis der Unorganisierten, je umfassender muß die agitatorische Arbeit in Angriff genommen und durchgeführt werden. Und auch im Bereiche unserer Zahlstelle dürfen noch genug Holzarbeiter anzutreffen sein, welche für unseren Verband gewonnen werden können. Da gilt es, diese aufzuklären, diese zum Beitritt in den Verband zu animieren. Allerdings wird dies auch in Schwerin nicht immer so leicht gehen. Sind doch die Vorurteile gegen die christlichen Gewerkschaften noch außerordentlich groß, und nicht so leicht ist es, diese Vorurteile und falschen Anschauungen zu beseitigen. Und doch muß es gelingen. Je größer der Kampf, je schöner der Sieg. Aus ganz bestimmten Gründen muß auch hier kräftig an der Stärkung unseres Verbandes gearbeitet werden. Machen sich doch auch hier „sozialdemokratische" Bestrebungen bedenklicher Art bemerkbar. Schon die Maßnahmen, welche von den „Genossen" zur Anerkennung ihres Arbeitsnachweises angewendet werden, müssen jedem vernünftigen Arbeiter zum ernstlichen Nachdenken Anlaß geben. Sind doch hier kürzlich in einer Pianofortefabrik etwa die Hälfte der beschäftigten Arbeiter trotz des abgeschlossenen Vertrages in den Ausstand getreten, weil ein Arbeiter, dabei ein rotorganisierter, ohne den Arbeitsnachweis des roten Verbandes eingestellt war. Man bedenke, trotzdem ein Vertrag abgeschlossen war, und bei der gegenwärtigen Geschäftskonjunktur, treten wegen einer solchen Ursache die Hälfte der Arbeiter in den Streik! Ist das nicht ein Machtdünkel und gewerkschaftlicher Unsinn? Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn manche Arbeiter durch solche Maßnahmen schwer geschädigt werden und wenn das Ansehen und das Vertrauen der Arbeiter zu der Organisation Schaden leidet. Und deshalb muß auch aus diesen Gründen heraus auf das intensivste an der Ausbreitung unseres Verbandes gearbeitet werden. Mehr als alles andere wird hier eine starke christliche Gewerkschaft den sozialdemokratischen Machtgelüsten Einhalt zu gebieten in der Lage sein.

Nambergs. Am 10. Dezember hielten wir eine Versammlung ab für unsere Kolleginnen. Der Vorsitzende Kollege Dörr führte an, daß es ihm unbegreiflich sei, warum die Kolleginnen in letzter Zeit nicht zu den allgemeinen Versammlungen erschienen wären. Die Kolleginnen müßten gerade soviel Interesse an der Organisation haben wie die Kollegen. Es sind einige Kolleginnen in der Zahlstelle, die immer schimpfen, wenn der Vertrauensmann kommt um Beiträge zu erheben. Das ist kein Zeichen großen gewerkschaftlichen Interesses. Es lassen sich Beispiele genug anführen von Mitgliedern, welche bei Krankheit und Arbeitslosigkeit hohe Unterstützungen vom Verbande bezogen haben. Jede Kollegin kann das Unglück auch einmal treffen. Wer die Beiträge regelmäßig bezahlt, den wird im Falle der Not der Verband nicht im Stiche lassen. Sobald es möglich ist, soll eine Rednerin hierher kommen, um einen Vortrag zu halten. Dies wäre auch der Wunsch der Kolleginnen. Kollege Michael Engel III erklärte dann den Kolleginnen in ausgezeichneter Weise die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes; ebenso auch die Unterstützungen der Ortskasse, die denjenigen Mitgliedern zu gute kommen, die ihre Mitgliedsbücher in Ordnung haben. Er forderte die Kolleginnen auf, den Vorstand bei der Agitationsarbeit zu unterstützen. In der Aussprache sagten die Kolleginnen diese Unterstützung zu.

Neuforg. In unserer von fast allen Kollegen besuchten Mitglieder-Versammlung vom Sonntag den 14. Dezember, referierte Kollege Erpenbeck-Nürnberg über die Bedeutung des dritten deutschen Arbeiterkongresses. Nach dem Vortrag fand eine lebhafte Aussprache statt über die zeitigen Zustände in der Möbelfabrik. Wegen des schlechten Geschäftsganges haben alle Kollegen eine bedeutend verkürzte Arbeitszeit, die allerhand Unannehmlichkeiten neben den Ausfall an Lohn für die Kollegen mit sich bringt. Um die Agitation besser zu fördern, wurde beschlossen, daß für die einzelnen Branchen, wie Schreiner, Maschinisten, Säger usw. Fachgruppen gebildet werden. Die Gruppenvorstände sollen in den nächsten Branchenversammlungen gewählt werden. Dann kamen Vorgänge bei der letzten Krankenkassenwahl zur Sprache. Wir haben hier eine Ortskrankenkasse für einen außerordentlich großen Distrikt bekommen. Zu der Kasse gehören an die 70 Ortschaften. Man hatte sich vo der Wahl nicht auf einer Liste einigen können, was außerordentlich zu bedauern ist, so daß bei der Wahl mit 2 Listen der christlichen Arbeiter, eine aus dem südlichen Teil und eine andere aus dem nördlichen Teil des Distrikts zu rechnen war. Da nun die Schreiner auf keiner der beiden Listen berücksichtigt waren, wurde von den Kollegen Opposition gemacht. Nach Lage der Verhältnisse ist das wohl zu verstehen. Die ganze Sache hätte gar keine Bedeutung gehabt, wenn nicht in einigen Zeitungen alles mögliche darüber geschrieben wäre. Gegen den Inhalt dieser Zeitungsartikel wurde in der Versammlung mit Recht protestiert. Das einzig richtige ist, daß wir uns für die Zukunft früher wie diesesmal selbst um die Wahlen bemühen, dann werden unliebsame Vorkommnisse ein für allemal vermieden.

Neustadt (Westpreußen). Schon seit längerer Zeit haben es auch hier wiederum eine Anzahl Kollegen eingesehen, daß nur eine starke Berufsorganisation im Stande ist, ihre Interessen wahrzunehmen. „Beispiele reißen hin", so sagt ein Sprichwort. In Neustadt wurde es wahr. Immer größer wurde die Zahl der Organisierten, so daß die Fabrikleitung der Gossentiner Stuhlfabrik, wo fast ausschließlich die Kollegen beschäftigt sind, glaubte, der Sache steuern zu müssen. Die Gründung eines Werkvereins sollte die Bewegung der Gossentiner Stuhlarbeiter zum Stillstand bringen. Gesagt! — getan! Es wollte aber kein Kollege aus guten Gründen dem Werkverein beitreten. Versuche von Seiten der Fabrikleitung, organisierte Arbeiter mürbe zu machen, blieben erfolglos. In dieser Situation schrieb nun Kollege Knoch ein Flugblatt und berief eine öffentliche Versammlung ein mit der Tagesordnung: „Die Organisation der Arbeiter und ihre Gegner." Trotz strömenden Regens und des rauhen unwirschen Wetters, war die Versammlung äußerst zahlreich besucht, so daß viele Kollegen sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Bezirksleiter Kollege Knoch hielt den Vortrag. Einen Rückblick werfend auf die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, scharf kennzeichnend die verschiedenen Richtungen, legte er auseinander, warum die Lohnarbeiter eine wirtschaftliche Interessenvertretung nicht entbehren können. Gegen die zentralisierten Kräfte des Kapitals kann nur eine starke Geschlossenheit ankämpfen. Das Mitbestimmungsrecht bei den Fragen des Arbeitsvertrags ist eine der Hauptforderungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Nicht Klassenkampf im Sinne der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist ihr Ziel. Die sozialdemokratische Klassenpartei ist in der Praxis für die heutige Arbeitergeneration alles eher als ein Idealzustand. Die christliche Gewerkschaftsbewegung sieht in den Unternehmern nicht blos die Ausbeuter und Scharfmacher; sie erkennt auch deren Verdienste um die deutsche Volkswirtschaft an. Aber auch auf Seiten der Unternehmer muß man sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß trotz ihres Könnens, trotz der von ihnen entwickelten Initiative und Intelligenz, die herrlichen Früchte deutschen Gewerbefleißes nicht hätten erzielt werden können, ohne die Mitwirkung eines intelligenten, schaffensfreudigen Arbeiterstandes. In dieser Hinsicht fehlt es noch sehr. Die Werkvereine sind nun einmal Organisationen, von den Arbeitgebern ins Leben gerufen, zu dem ausgesprochenen Zwecke, den Arbeitern jeglichen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu nehmen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind aber die Lebensbedingungen des Arbeiters. Um dieselben in gerechter und entsprechender Weise wahren zu können, bedarf es einer Organisation, die in jeder Weise selbständig ist und in der nur Arbeiter zu bestimmen haben. Solche Organisationen sind die christlichen Gewerkschaften. Ebenso sehr wie die Arbeitgeber es ablehnen, Arbeiter als gleichberechtigte Mitglieder in die Arbeitgeberverbände aufzunehmen, müssen es auch die Arbeiter ablehnen, den Arbeitgebern einen bestimmenden Einfluß auf ihre Organisationen einzuräumen. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit und eine Forderung, die unbedingt aufrechterhalten werden muß im Interesse der Arbeiter selbst, aber auch im Interesse der Gesamtentwicklung von Staat und Wirtschaftsleben. Gegenüber dieser einen Frage müssen alle anderen zurücktreten. Die von dem Werkverein in Aussicht gestellten Unterstützungen stehen zudem in gar keinem Verhältnis zu den heute schon geleisteten Unterstützungen des Verbandes. Weiter ging Kollege Knoch noch ein auf das Sparsystem, welches im Statut des gelben Verbandes vorgesehen ist. Mit letzterem sollen auch nur die Arbeiter an den Betrieb gebunden werden. Wir aber wollen frei sein und hoch halten unser Standesbewußtsein. Mit brausendem Beifall lohnten die Kollegen die Ausführungen. Eine große Anzahl Kollegen traten wiederum dem Verbande bei. Möge dieser Geist der Solidarität immer unter den Kollegen wach bleiben, dann werden sie im Zentralverband christlicher Holzarbeiter einen starken Rückhalt finden. Wir hegen das Vertrauen, daß die Gossentiner Arbeiterschaft jederzeit treu zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehen wird.

Krankengeldzuschußkasse.

Die Abrechnungsvordrucke vom IV. Vierteljahr wurden verschickt. Um einen glatten Jahresabschluß zu ermöglichen ist es nötig, daß die sich aus der Abrechnung ergebenden Beträge genau eingeschickt werden. Das Einsenden von Quittungen über diese Beiträge zwecks Buchung für 1914 ist unzulässig. Wenn für 1914 Geld benötigt wird, ist also trotzdem der Betrag für 1913 einzusenden. Sollte das Geld nicht reichen für die 1913 zu erledigenden Zahlungen, so wollen die Kassierer um Vorschuß schreiben. Bei Gesuchen um Vorschuß gebe man an, ob derselbe für 1913 oder 1914 bestimmt ist.

Sterbetafel.

Johann Schaffer, Korbmacher, 41 Jahre alt, gestorben zu Hörschaid.

Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Der Cölner Erzbischof und die Gewerkschaftsfrage. Die sozialdemokratische Presse hat seit der Wahl des neuen Cölner Erzbischofs von Hartmann ständig behauptet, dieser sei ein Gegner der sogenannten Cölner Richtung unter den Katholiken und damit auch ein Gegner der christlichen Gewerkschaften. Da Erzbischof von Hartmann bisher noch keine Gelegenheit nahm, zur Gewerkschaftsfrage Stellung zu nehmen, so gab bei manchen der Schein den sozialdemokratischen Preßnachrichten recht. Eingeweihte wußten allerdings, daß der Schein ein trügerischer war. Nunmehr hat Erzbischof von Hartmann in der Generalversammlung der Arbeitervereinspräses zu Cöln am 18. Dezember öffentlich erklärt, wie er über den Gewerkschaftsstreit und die christlichen Gewerkschaften denkt. Neben mehr allgemeinen Aeußerungen über den Beitritt katholischer christlicher Gewerkschaftler zu den katholischen Arbeitervereinen führte der Erzbischof u. a. aus:

„Im Westen Deutschlands sind einmal die Arbeiter interkonfessionell organisiert, und wir würden die größte Verwirrung anrichten, wenn wir gegen diesen tatsächlichen Bestand angehen wollten. Gegenüber der Tatsache, daß 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter unseren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen."

Damit ist allen ungerechtfertigten Vermutungen der Gegner der christlichen Gewerkschaften über die Stellung des Cölner Erzbischofs zu unserer Bewegung der Boden entzogen.

Musikinstrumentenarbeiter. In Nr. 22 1910 unsers Verbandsorgans schrieb Kollege H. E. einen Artikel unter der Ueberschrift „Rafft Euch auf, Ihr Orgelbauer!" Der Ruf unseres Kollegen ist zwar mancherorts beachtet, in vielen Orten aber auch nicht gehört worden. Es haben sich seit dem Jahre 1910 eine stattliche Zahl Orgelbauer unserm Verband angeschlossen. Wesentlich dazu beigetragen hat unstreitig auch die Diskussion auf dem Verbandstag, wo von den Delegierten wiederholt besonders auf die Lage der Orgelbauer hingewiesen wurde. Aber nicht nur die Orgelbauer haben sich in größerer Zahl unserm Verband angeschlossen, sondern auch in der Pianoforte- und Orchestrionfabrikation, wie auch in den übrigen Musikbranchen ist der Ruf nicht ganz ungehört verhallt. Aber noch ist die Zahl der Organisierten in der gesamten Musikbranche noch nicht so, daß wir die Hände in den Schoß legen könnten. Es sind noch Tausende, welche der Organisation fern stehen und die in den nächsten Jahren unbedingt für die Organisation gewonnen werden müssen. Bei der Berufszählung im Jahre 1907 wurden in der Pianofortefabrikation einschließlich der Orgelbauer 13481 Arbeiter gezählt. Im Geigenbau waren 717, in der Harmonikafabrikation 2359 und in der übrigen Musikbranche 5248 Arbeiter beschäftigt, insgesamt also 21805 Arbeiter in der Musikindustrie. Von diesen stehen noch Tausende außerhalb der Organisation. Die Lage der Arbeiter in den Musikinstrumentenbranchen ist nun aber noch fast überall eine sehr schlechte. Gegenüber den in den Tischlereien beschäftigten Kollegen sind die Musikinstrumentenarbeiter vielfach weit zurückgeblieben. War das immer so? Es gab eine Zeit, wo der Arbeiter in der Musikbranche sich nicht ohne Grund zu den „besseren Arbeitern" rechnete. Waren doch seine Lohnverhältnisse günstiger wie die in den übrigen Berufen. Heute ist das nicht mehr der Fall. Die Holzarbeiter in den übrigen Berufen haben es besser verstanden, sich durch ihre Organisationen bessere Verhältnisse zu erringen. Die Kollegen in der Musikbranche aber haben vielfach in einem verkehrten „Künstlerstolz" sich von den übrigen Holzarbeitern abgesondert. Sie lebten ihrer Kunst und merkten kaum, daß das Leben da draußen anders wurde. Sie sehen allmählich wohl selbst ein, daß ihnen andere zuvorgekommen sind. Nun heißt es bei ihnen, das Versäumte nachholen. Da richten wir nun an alle Mitglieder unseres Verbandes die dringende Bitte, in den nächsten Wochen eine intensive Agitation unter den Kollegen der Musikbranche zu entfalten. Die Kollegen stehen in der großen Mehrzahl auf christlich-nationalem Boden. Suchen wir sie zu gewinnen, ehe sie sich andern Organisationen angeschlossen haben. Beachten wir die Worte, welche schon auf den Verbandstagen in dieser Beziehung gefallen sind. In einigen Monaten haben wir wieder den Verbandstag. Hoffentlich kann dann festgestellt werden, daß ein großer Teil der bisher abseits stehenden Musikinstrumentenarbeiter sich unserm Verband angeschlossen haben. Auf Arbeitgeberseite finden wir heute eine äußerst straffe Organisation in der Musikbranche vor. Daß die Arbeitgeber sich nicht aus andern Motiven als wie ihre Herren Kollegen in den übrigen Verbänden organisiert haben, wird jedem Kollegen wohl einleuchten. Den Arbeitern in der Musikbranche sei nochmals zugerufen: „Rafft Euch auf, ihr Kollegen." Und ihr Mitglieder des Verbandes: Denkt an die Musikinstrumentenarbeiter, ehe es zu spät ist.

Gelbe Saat — rote Frucht. In der Augsburger Maschinenfabrik hat die Wiege der gelben Werkvereine gestanden. Der Betrieb wird allgemein als gelbe Hochburg betrachtet. Die gelbe Bewegung in diesem Betrieb hat aber längst ihren Höhepunkt überschritten, sie geht offensichtlich zurück, während die sozialdemokratische Bewegung stetige Fortschritte aufzuweisen hat. Dieser Entwicklungsgang hat eine erneute Bestätigung bei den Betriebskrankenkassenwahlen der Augsburger Maschinenfabrik gefunden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband brachte eine größere Stimmenzahl auf wie der gelbe Werkverein. Von 3258 abgegebenen Stimmen fielen auf die sozialdemokratische Liste 1516, auf die gelbe Liste 1417 und auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 289 Stimmen. Die Sozialdemokraten stellen 19, die Gelben 17 und die Christlichen 4 Vertreter zum Ausschuß der Betriebskrankenkasse. Die offensichtliche Wirkung der gelben Bewegung ist also ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung, während die gelbe Bewegung zurückgeht, und die christlich-nationale Arbeiterbewegung in ihrer Ausbreitung behindert wird.

Wie freiwillige Uebertritte in den roten Holzarbeiterverband aussehen! Bei der bekannten Möbelfirma Gebrüder Schürmann in Essen dominieren die „Genossen". Ihre „Brüderlichkeit" dokumentieren sie dadurch, daß sie den schäbigsten Terrorismus gegen Andersorganisierte ausüben. Auf diese Art und Weise war es ihnen möglich, bisher alle im Betriebe tätigen Mitglieder unseres Verbandes in den roten Verband hineinzupressen. Jetzt haben sie auch das letzte Mitglied unseres Verbandes zum Uebertritt gezwungen. Folgendes Schreiben orientiert über diesen „freiwilligen" Uebertritt:

„Essen, den 18./12. 1913.

Werter Kollege!

Teile Dir hierdurch mit, daß es mir nicht mehr möglich ist, als christlicher Holzarbeiter in dieser Werkstatt zu bleiben, denn einer gegen dreißig, die nur einem in den Weg legen, was sie können, kann man wirklich nicht aushalten, und bin deshalb übergetreten. Sollte es aber der Fall sein, daß ich hier in einer andern Werkstatt Arbeit bekomme, so bin ich bereit, wieder nach Euch zurückzukommen. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt. Sollte Euch vielleicht noch etwas unklar sein, so ist meine Adresse: Wilhelm Elsner, hier (folgt Straße und Hausnummer).

Bitte, deshalb nicht schlecht über mich zu denken, es war mir wirklich nicht anders möglich."

Das ist, wie gesagt, nicht der erste derartige Fall. Alle bei Gebr. Schürmann beschäftigt gewesenen früheren Mitglieder unseres Verbandes sind bisher aus freien Stücken wieder zu unserem Verband übergetreten, sobald sie in einem andern Betriebe anfingen.

Soziale Rundschau.

Krankenkassenwahlen. Einen überraschenden Erfolg erzielte der christlich nationale Ausschuß für soziale Wahlen bei der Ausschußwahl zur Ortskrankenkasse für Handelsbetriebe in Mannheim. Seine Liste erhielt 1870, die sozialdemokratische Liste nur 1318 Stimmen. Bisher war die Kasse vollständig in sozialdem. Besitz. — Bei der Ortskrankenkassenwahl in Ettlingen (Baden) erhielt die christlich-nationale Liste 577 Stimmen, die sozialdemokratische Liste 371 Stimmen. Von der christlich-nationalen Liste sind 31, von der sozialdem. Liste 19 Kandidaten gewählt. Auch diese Kasse wurde bisher vollständig von den „Genossen" beherrscht. — In Dresden wurden gewählt 55 sozialdemokratische und 5 christlich-nationale Vertreter der Arbeitnehmer. — In Neiße reichten die „Genossen" eine Vorschlagsliste zur Wahl des Kassenvorstandes mit einer ungültigen Unterschrift ein. Der Vorschlag war infolgedessen nichtig und sind so nur christliche Vertreter gewählt. — In Karlsruhe (Baden) erhielt die sozialdem. Liste 50, die christlich-nationale 7, die Hirsch-Dunkersche 2 und die Frauenliste 1 Vertreter. — In Wesel stellen die christlich-nationalen Arbeiter

27 Ausschußmitglieder, die „Genossen" 8 und die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine 4. Außerdem sind von einer sozialdem. unabhängigen Liste 3 Kandidaten gewählt. — In Schwelm wurden 12 christlich-nationale und 18 sozialdemokratische Vertreter gewählt. — In Coburg stellen die nationalen Vereinigungen 8 Vertreter bei 1050 abgegebenen Stimmen, gegen 22 Vertreter und 3029 Stimmen der sozialdemokratischen Richtung. — Zur Ortskrankenkasse Laubnitz-Neurosta b. Dresden stellen die nationalen Gruppen 12 Vertreter, die Sozialdemokraten 18. — In Tharandt-Mohorn b. Dresden 7 nationale und 13 sozialdemokratische Vertreter. — Bei der Wahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse Baden-Baden wurden 29 christlich-nationale und 13 sozialdemokratische Vertreter gewählt. — Ein glänzendes Wahlresultat erzielte die christlich-nationale Arbeiterschaft in Seutkirch (Wttbg.) Sie brachte 38 Ausschußvertreter durch gegenüber 2 sozialdemokratischen Vertretern. — Die Ortskrankenkassenwahl in Ingolstadt brachte den christlichen Arbeitern 13 Vertreter, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften nur 7 Vertreter bekamen. — In Bad Aibling wurden 6 christliche und 10 sozialdemokratische Vertreter gewählt. — In Zwickau wurden 4 nationale und 28 sozialdemokratische Ausschußmitglieder gewählt. — Für die Ortskrankenkasse in Oschatz i. S. stellen die christlich-nationalen Arbeiter 7 Vertreter und die sozialdemokratischen 13. — In Neumarkt (Oberfalz) wurden 12 christlich-national- und 8 sozialdemokratische Vertreter gewählt. —

Gewerbegerichtswahlen. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Düsseldorf erhielten die sozialdem. Liste 9146 Stimmen (7 Vertreter), die christliche Liste 4398 Stimmen (4 Vertreter), die Hirsch-Dunkersche Liste 933 Stimmen (1 Vertreter). Alle Parteien wahrten ihren Besitzstand. — Nicht sonderlich günstig schnitten die christlichen Arbeiter bei der Gewerbegerichtswahl in München ab. Das mag neben sonstigen Gründen seine Ursache darin haben, daß der Hauptstoß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am Orte auf die bekanntlich sehr günstig verlaufenen Krankenkassenwahlen konzentriert wurde. Bei der Gewerbegerichtswahl erhielten die christlichen Arbeiter 7 Mandate, zwei weniger als bei der letzten Wahl.

Zum drohenden Aerztestreik will das Reichsamt des Inneren Ausgleichsverhandlungen zwischen Aerzten und Krankenkassen anbahnen. Falls die Beteiligten dazu bereit sind, sollen die jetzt geltenden Vereinbarungen zwischen Kassen und Aerzten bis zum 1. April 1914 verlängert werden, damit Zeit gewonnen wird. Sollten die Ausgleichsverhandlungen zerschlagen, so dürfte es überall, wo auch bisher keine Einigung der Kassen mit den Aerzten erzielt würde, dahin kommen wie in Cöln, wo das Oberversicherungsamt, auf Grund des § 370 Reichsversicherungsordnung bereits 62 Krankenkassen auf deren Antrag ermächtigt hat, anstatt der ärztlichen Behandlung ihren Kassenmitgliedern vom 1. Januar 1914 ab eine bare Leistung bis zu ⅔ des Durchschnittsbetrages ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren.

Konferenz evangelischer Arbeiter für Ravensberg und Lippe. Am 7. Dezember hatten sich 300 Delegierte von evangelischen Arbeitervereinen und Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften des Minden-, Lippe- und Ravensbergerlandes in Löhne versammelt, um zu wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Der geschäftsführende Vorsitzende der evangelisch-sozialen Schule in Bethel, Pastor Jäger, referiert über die Geisteskämpfe unserer Zeit. Landtagsabgeordneter Kollege Balbaum behandelte das Thema: „Wie gewinnen wir die evangelischen Arbeiter in stärkerem Maße für unsere Organisationen." Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Delegierten schließen sich den Beschlüssen des dritten deutschen Arbeiterkongresses an und erwarten, daß die berufenen Führer der evangelischen Vereine, soweit diese Arbeiterinnen und Arbeiter umfassen, die ideellen und wirtschaftlichen Interessen des Arbeiterstandes stärker berücksichtigen, sowie dem Arbeiterstand in harmonischer Weise mit heranzuziehen, wo es gilt, über Fragen zu entscheiden, die das Leben der Arbeiterwelt berühren."

Soziale Aufklärung auf der Grundlage der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betreibt in nachdrücklicher Weise unter den Volksständen evangelischer Konfession seit etwa einem Jahre die von den evangelischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären gegründete „Evangelisch-soziale Schule E. V." zu Bethel bei Bielefeld. Im laufenden Jahre wurde bereits, wie schon kurz mitgeteilt ist, ein religiöser und ein sozialer Kursus für den evangelischen Teil der Beamtenschaft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit bestem Erfolge veranstaltet. Für die Studenten wurde gleichfalls ein von über 100 Teilnehmern der verschiedenen Universitäten und Fakultäten besuchter sozialer Kursus veranstaltet. In diesem Jahre soll sodann noch ein sozialer Kursus für Gemeindehelfer und Jugendpfleger abgehalten werden. So geht die mit Mut und Gottvertrauen begonnene Arbeit segensreich voran. Damit nun die evangelisch-soziale Schule ihre Aufgaben erfüllen kann, muß die evangelische Arbeiter- und Kollegenschaft tatkräftig an der Aufbringung der materiellen Mittel mitarbeiten. Die Geschäftsstelle der evangelisch-sozialen Schule E. V. (Sekretär E. Hartwig) Bethel b. Bielefeld hat zu diesem Zweck Helferkarten für 1913 herstellen lassen zu 10, 25, 50 und 75 Pfg. und 1 Mk. Die Karten sind bei allen evangelischen Sekretären der christlich-nationalen Verbindungen oder direkt von der Geschäftsstelle zu beziehen. Sozialer Aufstieg und soziale Versöhnung muß und kann nur durch Opferwilligkeit der Kämpfer erreicht werden. Möge die Bitte, die an die evangelischen Kollegen jetzt zur weihnachtlichen Zeit ergeht, offene Herzen und Hände finden.

Aus dem gewerblichen Leben.

Umwälzungen in der Waggonindustrie. Die Gründung des Verbandes deutscher Waggonfabriken ist also perfekt. Wer weiß, wie schwer es den „Außenseitern" von der Norddeutschen Wagenbau-Vereinigung bisher gemacht wurde, überhaupt Aufträge hereinzubekommen, für den ist das Zusammengehen der beiden feindlichen Brüder eine Ueberraschung. Der Ring ist jetzt geschlossen und dieses zeigt den Stellmachern, Schreinern und allen in der Waggonindustrie Beschäftigten, was nun ihre Aufgabe ist. Hier muß nun intensiv gearbeitet werden, damit dem einen Ring ein anderer gegenüber steht. Hoffentlich ergibt sich aus diesem Vorgang auch für den Arbeiter noch ein weiteres Gutes. Bisher hieß es auf den Waggonfabriken bei jeder Wagengattung: „Die Konkurrenz hat die Preise so gedrückt, daß wir die früher gezahlten Löhne nicht mehr zahlen können." Jetzt durch den neuen Verband wird diese Konkurrenz vollständig ausgeschaltet.; ein friedlicher Wettbewerb findet statt. Durch den Zusammenschluß wird aber auch der Preis der Wagen ein besserer werden und dann fallen für den Direktor oder sonstigen Leiter der Waggonfabriken alle Einreden: „Wir arbeiten unter Preis"; „Nicht die Gestellungskosten werden gedeckt", usw. fort. Eine weitere Frage würde die: Sind die Waggonfabriken in der Lage, bessere Löhne zu zahlen? Die Antwort kann nur lauten: Ja, denn wenn trotz der schlechten Preise die Dividenden immer höher werden, wenn, wie es in verschiedenen Fabriken passiert, das Aktienkapital immer wieder erhöht wird, wenn immer wieder neue Fabriken errichtet werden, dann kann man nicht sagen, daß diese Industrie ihre Arbeiter nicht besser entlohnen könnte! Dazu kommt, daß der Staat für die Winterkampagne wieder soviel Wagen bestellt hat, wie es in diesem Sommer der Fall war. Man kann wohl sagen, daß eine Arbeitslosigkeit für diesen Winter nicht eintreten wird. Im Sommer bestellte der Staat besonders viel Güterwagen, damit endlich der Wagenmangel beseitigt werde. Ohne Zweifel geht's den Waggonfabriken gut und sie hoffen auf noch bessere Zeiten. Die Waggonfabrik Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld will ihr Kapital von 3 Millionen um 600 000 Mark erhöhen. Die Dividende beträgt 10 Prozent (im Vorjahr 9 Prozent). Von der Waggonfabrik Uerdingen berichtet der Vorstand, daß der Umsatz von 6 auf 7 Millionen gestiegen ist. Ferner soll eine höhere Dividende (im Vorjahr 7 Prozent) ausgeschüttet werden. Schon jetzt wären Aufträge erteilt, die eine gute Beschäftigung bis weit in das nächste Kalenderjahr gewährleisten. — Die Gothaer Waggonfabrik zahlt für die Vorzugsaktien 12 (10) Prozent, für die Stammaktien 9½ (7½) Prozent. Die Stammaktien sollen gegen Zahlung von 300 Mk. in Vorzugsaktien umgewandelt werden. Auch diese Fabrik berichtet von guten Aufträgen seitens des Staates. Ferner sei auch die neu eingerichtete Abteilung, die die Flugzeugfabrikation betreibe, vollauf beschäftigt und auch diese Abteilung verspreche zufriedenstellende Ergebnisse. Die Düsseldorfer Waggonfabrik, über deren Dividendenverteilung schon in Nr. 48 berichtet wurde, gibt neuerdings bekannt, daß der Auftragsbestand jetzt schon einen Wert von 10 500 000 Mark repräsentiere. Es ist also auch bei dieser Fabrik ein großer Auftragsbestand zu konstatieren, sodaß auch hier von Arbeitsmangel nicht die Rede sein kann. Neuerdings ist die Rede davon, daß die Aachener und Eschweiler Waggonfabriken ineinander aufgehen werden. Ein anderes Konsortium plant dann für Aachen die Gründung einer ganz neuen Fabrik. — Aus allen diesen Vorgängen sollten die Kollegen, die im Waggonbau beschäftigt sind, die Lehre ziehen, daß ihrerseits an der Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens unermüdlich weiter gearbeitet werden muß. Hier geben die Unternehmer das beste Beispiel. Stärken wir unsere Organisation, daß diese in die Lage versetzt wird, von den Gewinnanteilen auch einiges für den Arbeiter herauszuholen. Lückenlos ist heute der Ring der Waggonfabriken; lückenlos muß auch die Organisation der Arbeiter in den Waggonfabriken sein. Die Kollegen in den einzelnen Betrieben sollten ihre Ehre daran setzen, baldigst melden zu können: Auch wir sind organisiert bis auf den letzten Mann.

Literarisches.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Constanze von Franken. 18. Aufl., 304 Seiten. Preis geb. Mk. 2,50. Max Hesses Verlag, Leipzig.

Ein reizvolles Büchlein, vornehm und schön ausgestattet, ein Schatzkästlein für jedermann! In der Tat ist uns von all den zahlreichen Büchern des gleichen Genres keines bekannt, das eine so große Reichhaltigkeit des Stoffes in so gedrängter Kürze und seine für jedes Alter und jedes Geschlecht gleich verläßlichen Ratschläge in so verständlicher und dabei angenehmer, überall humoristisch durchleuchteten Weise brächte. Selbst der gesellschaftlich fein Gebildete wird beim durchlesen des durch die eigenartige Anordnung des Inhalts unterhaltenden Werkes auf Regeln stoßen, die er bisher ganz oder teilweise außer acht gelassen hat und deren Befolgung auch für jeden, der etwas auf gutes Benehmen hält, unumgänglich notwendig ist. Die gewaltige Entwicklung, welche sich in den letzten 20 Jahren auf allen Gebieten zeigte, hat auch die Formen des guten Tones und der feinen Sitte nicht unberührt gelassen, die Verfasserin ließ es sich deshalb angelegen sein, ihr Buch genau mit den Forderungen der heutigen guten Gesellschaft in Einklang zu setzen, alles irgendwie Veraltete oder Ueberlebte wegzulassen oder umzugestalten und vieles, das erst in letzter Zeit Bedeutung gewann, in ihre Besprechung hineinzuziehen. Die Vorzüge, welche Constanze von Frankens Eigenart ausmachen: die knappe frische Ausführung, die, in Frage und Antwort gehalten, kein Alter, keinen Stand, keine Lebenslage unberücksichtigt läßt, die liebenswürdig witzige Art, in welcher die eigenen Ansichten dargelegt und mit einer Fülle launiger Zitate durchflochten werden, so daß das Buch zur angenehmsten Lektüre wird und endlich das Bemühen, die Verfeinerung der äußeren Form stets mit der inneren Veredlung zu verbinden, Höflichkeit und Herzlichkeit Hand in Hand gehen zu lassen, werden auch der vorliegenden 18. Auflage viele neue Freunde gewinnen und Constanze von Frankens Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte immer mehr zu einem gern gesehenen und unentbehrlichen Familienbuche machen. Es ist insbesondere ein passendes Geschenkwerk für die heranwachsende Jugend für Weihnachten.

Briefkasten.

Mehrere Berichte mußten für die nächste Nummer zurückbleiben.

Die Zahlstelle Dortmund bittet um Mitteilung der Adresse des Kollegen Bernhard Brink, geboren am 21. Okt. 1894 zu Dedinghausen bei Lippstadt.

Hinweis. Ständige Fortschritte auf dem Gebiete des Selbstunterrichts haben es zuwege gebracht, daß heutigen Tages viele Techniker Prüfungen ohne Lehrer, ohne den Besuch technischer Lehranstalten, nur durch Studium von Werken ablegen. Zu den besten Büchern dieser Art gehören zweifellos die technischen Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Tausende, die nicht die Mittel hatten, technische Lehranstalten zu besuchen, haben durch diese Unterrichtsbriefe nicht nur eine umfassende fachmännische Bildung erlangt, sondern auch ihre Examen abgelegt und hierdurch große Vorteile erlangt. Es sind namentlich Prüfungen im Baugewerbe, Berg- und Hüttenwesen, in der Maschinen- und Elektrotechnik, im Eisenbahnwesen, Kunstgewerbe wie auch Meisterprüfungen aller Art, die nach erfolgreichem Studium der Werke des Systems Karnack-Hachfeld bestanden wurden. Diese glänzenden Resultate wurden namentlich dadurch erreicht, daß der Unterricht technischer Lehranstalten in den Werken bis ins Kleinste nachgeahmt ist. Die in allen Ländern, wo die deutsche Zunge erklingt, bekannte Werken des Systems Karnack-Hachfeld sind im Verlage von Bonneß u. Hachfeld, Potsdam, erschienen. Der Nr. 52 des „Holzarbeiter" ist ein Prospekt dieser Firma über ihre Verlagswerke beigelegt.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 Mk. ab. 14tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 500 Pfennig. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme. Vier Tarife: a) Sterbegeldversicherung mit abgekürzter Prämienzahlungsdauer. b) Versicherung auf Todes- und Erlebensfall. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. c) Versorgungsversicherung. Fälligkeit der Versicherungssumme nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet mit dem Tode des Versorgers, spätestens mit der Fälligkeit der Versicherungssumme. d) Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Teilweise Auszahlung der Versicherungssumme vor Fälligkeit derselben, bei Kommunion, Konfirmation, Schulentlassung ꝛc. Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. Zweimonatige Zahlungsfrist. Größtes Entgegenkommen bei Behinderung der Beitragsleistung. Unverfallbarkeit. Wiederaufnahme der Beitragsleistung evtl. auch ohne Nachzahlung. Einschluß der Kriegsgefahr (nach 5 Jahren ganz, vorher zu bestimmtem, steigenden Prozentsatz). — Die gemeinnützige Volksversicherung D. V. A.-G. steht unter ständiger Kontrolle eines Reichskommissars. Mindestens 80% des Gewinnes fließen den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf satzungsgemäß 4% nicht übersteigen. — Auskunft erteilen bereitwilligst die Vertrauensleute des Verbandes. Von denselben erbitte man auch die Prospekte und Aufklärungsschriften.

Die Krankengeldzuschußkasse
des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.
Sitz Cöln, Venloerwall 9,
steht allen, nicht über 40 Jahre alten Verbandsmitgliedern offen.
Beitrag nach Wahl 20, 30, 45 oder 55 Pfennig pro Woche.
Krankengeld: 75, 110, 165, 200 Pfg. für jeden Kalendertag.
Aufnahmegebühr in allen Klassen 50 Pfg.
Jedes Verbandsmitglied sollte auch Mitglied der Krankenkasse sein und sich und seine Familie vor Not infolge Krankheit schützen. Nähere Auskunft erteilen die Ortsverwaltungen und die Geschäftsstelle in Cöln.

Das schönste, billigste und haltbarste Weihnachtsgeschenk für Erwachsene und Kinder ist das gesetzlich geschützte
Unterhaltungs-Spiel Korrekt.
Versand durch
Wilh. Allgaier, Lauterbach (Württ. Schwarzw.)
Vertreter gesucht.

Dübeleisen
fein geschärft, mit 7 echt amerikanischen Dübelbohrern, 7, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, versendet gegen Nachn. für 7,50 Mk. u. Garantie.
C. Trimpop, Cöln, Severinstraße 59.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.
: TAGES-KURSE FUR SCHREINER :
(44 Std. wöchtl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch.- u. Körperberech., gewerbl. Gesetzeskde., Stil- u. Formenl. Mat.-, Werkz.-, Maschinenkde., Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRUEFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Jansen Cöln. — Druck von Heinrich Theißing, Cöln.